

EU-Gipfel in Göteborg, G7-Treffen in Genua, Klimagipfel in Bonn...

Globalisiert den Widerstand!

Nein zur Politik für Banken und Konzerne

Wann immer sich die Herren der Welt versammeln geht es ihnen um eins: Die Herrschaft der großen Konzerne und Banken über die Welt zu sichern und ihre Profite weiter zu steigern. Bei den Treffen von IWF (Internationaler Währungsfonds), WTO (Welthandelsorganisation) oder Weltbank entscheiden wenige, von niemandem gewählte Bonzen über das Leben von Milliarden Menschen. Ihre Aufgabe: Die Welt den multinationalen Konzernen auf dem Tablett zu servieren, zur Ausbeutung frei gegeben, ohne lästige Beschränkungen und soziale oder ökologische Verpflichtungen. Das wird dann mit wohlklingenden Phrasen wie „Globalisierung“, „Deregulierung“, „Flexibilisierung“, „Freihandel“, usw. kaschiert. Die Folgen: Schrankenlose Ausbeutung der „Dritten Welt“, überall Ausverkauf öffentlichen Eigentums an die Multis durch Privatisierung, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Zerstörung der Umwelt durch Atomkraft, Klimagase...

Von Daniel Behruzi, Berlin

Aber wir lassen sie nicht länger ungestört über unsere Köpfe hinweg unser Leben und die Welt zerstören! Seit den erfolgreichen Protesten gegen die Ministerrunde der WTO 1999 in Seattle zeigt sich eine andere Globalisierung: Die Globalisierung des Widerstands! Seither hat es bei jedem Treffen der internationalen Institutionen Gegenaktionen, Gegengipfel und Gegendemonstrationen gegeben. Seattle, Prag, Melbourne, Nizza – die Liste der Orte, die zum Symbol des internationalen Widerstands geworden sind, wird immer länger. Zuletzt demonstrierten Tausende in Quebec gegen die Errichtung einer amerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland. Die Antwort der Herrschenden ist immer gleich: Polizeiknüppel, Tränengas, Wasserwerfer. Das „störende“ Volk soll gefälligst draußen bleiben. Unsere Antwort: Lasst uns zu dieser Liste noch ein paar Namen hinzufügen: Göteborg, Genua und Bonn.

16. Juni: Göteborg

Auf dem EU-Gipfel in Göteborg geht es darum, Europa nach den Interessen der Konzerne zu gestalten: Telekommunikation, Postwesen, Energieversorgung – alle profitablen Bereiche des staatlichen Sektors sollen an die Multis verscherbelt werden. Mit dem Aufbau einer EU-„Krisenreaktionsgruppe“ soll den europäischen Kapitalisten das

Mittel gegeben werden, auch militärisch im weltweiten Poker um Märkte und Ressourcen mitzuspielen. Die „Festung Europa“ soll weiter ausgebaut werden: Unerreichbar für Flüchtlinge, offen für ökonomisch verwertbare IT-Experten und Billigarbeiter.

21. Juli: Genua

Im Juli treffen sich die Vertreter der sieben mächtigsten Industrienationen und Russlands in Genua. Es geht darum, die Ausbeutung der „Dritten Welt“ zu forcieren. Durch die „Schuldenfalle“ werden diese Länder in wirtschaftlicher Unterentwicklung gehalten: Die Schulden belaufen sich auf 2,2 Billionen US-Dollar. Die 25 ärmsten afrikanischen Staaten müssen zum Beispiel im Jahr viermal so viel für den Schuldendienst aufbringen wie für die Gesundheitsversorgung. Jede wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird ihnen so unmöglich gemacht. Kriege, Bürgerkriege und Diktaturen, an denen sich die Rüstungskonzerne der Industriestaaten dumm und dusselig verdienen, tun ihr Übriges.

15. – 27. Juli: Bonn

Der Weltklimagipfel in Bonn wird einen Scherbenhaufen zu diskutieren haben. Mit seinem Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll, das den Ausstoß der für die Klimaerwärmung verantwortlichen Gase um lächerliche 5,2 Prozent gegenüber 1990 bis 2008-12 reduzieren sollte, hat der neue US-Präsident und Vasall der Energiekonzerne George Bush die Illusion zerstört, das internationale Kapital würde auch nur symbolisch etwas gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlage unternehmen. In Europa, wo die moderaten Ziele in diesem Bereich wohl ebenfalls nicht erreicht werden, ist die Aufregung der Politiker ebenfalls nichts als geheuchelte Symbolik.

Widerstand international!

Gegen diese Sauereien setzen wir uns zur Wehr! Gemeinsam mit anderen hat die SAV die Initiative zur Gründung von „Widerstand international“ – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne“ ergriffen, um den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung, die in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt, auch hierzulande zu unterstützen. SchülerInnen, Studierende und Azubis mobilisieren in der Kampagne nach Göteborg, Genua und Bonn und organisieren vielfältige Aktionen und Diskussionen vor Ort.

Es ist Zeit zu handeln – Mach mit!



- ⇒ Schluss mit der Ausbeutung der Welt durch die Multis!
Streichung der Schulden der „Dritten Welt“!
Enteignung der Banken
- ⇒ Für die Zerschlagung von IWF, WTO und Weltbank!
Nein zur EU!
- ⇒ Statt Nationalismus und Rassismus:
Internationale Solidarität und Widerstand von
ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen
- ⇒ Für eine Welt, die nicht von Konzerninteressen, sondern von den
Bedürfnissen von Mensch und Umwelt bestimmt wird

MITBESTIMMUNG

Für kämpferische Gewerkschaften statt Co-Management

Seite 4

EU UND EURO

Projekte des Kapitals

Seite 6 – 7

TÜRKEI

Wirtschaftskrise und Massenproteste

Seite 8

PARISER KOMMUNE

130. Jahrestag

Seite 9

Bewegung gegen Atomkraft

Vom Anti-Castor-Protest zum Anti-Kapitalismus

„Operativer Erfolg, strategische Niederlage“, so titelt ein Kommentar der FAZ über die Bilanz des ersten Castor-Transportes unter Rot-Grün aus bürgerlicher Sicht. Die Anti-Atombewegung hat es geschafft, vor den Augen der Öffentlichkeit klar zu machen, dass es auch mit den Grünen in der Regierung keinen gesellschaftlichen „Konsens“ über die weitere Nutzung der Kernenergie gibt.

Um den Atommüll-Transport einer Privatfirma gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, waren ein Großaufgebot der Polizei und eine demokratiefreie Zone im Wendland nötig. Im Wendland leben rund 50.000 Menschen, 20.000 Polizisten waren vor Ort im Einsatz. Wenn die Bundesregierung ganz Deutschland militärisch so besetzen wollte, wie sie das Wendland während des Castortransportes besetzt hatte, dann bräuchte sie 32 Millionen Polizisten!

Der Bevölkerung im Wendland und die mehreren tausend DemonstrantInnen aus allen Teilen Deutschlands sahen sich aber nicht nur einem riesigen Polizeihorizont gegenüber. Es war auch sonst ein ungleicher Kampf. Die Bundespartei der Grünen setzte ihre ganze noch vorhandene Autorität als ehemalige Anti-Atomkraft-Partei ein, um das Märchen vom angeblichen Ausstieg aus der Atomenergie zu verbreiten. Atomindustrie, SPD, und Medien waren bemüht, die Lüge von den „notwendigen“ Castortransporten unter die Leute zu bringen. Dennoch war der Protest gegen den Castor im März ein wichtiger Schritt, die Anti-Atom-Bewegung neu aufzubauen.

Im Wendland lassen sich die Menschen vor Ort schon lange nicht mehr täuschen. Die Bevölkerung hat sich durch den jahrelangen Protest politisiert. Aus ehemali-



Auf der Demonstration in Lüneburg am 23. März hatten Grünen-PolitikerInnen wie Claudia Roth und Kerstin Müller nichts zu lachen, wurde der Atom-Nonsens doch eindeutig durchschaut

gen, obrigkeitgläubigen CDU-Wählerinnen und -Wählern wurden AtomkraftgegnerInnen, die unter anderem erkannt haben, dass die Polizei nur ein Mittel ist, um die Interessen der Atomindustrie durchzusetzen. Das zeigt, wie sehr sich das Bewusstsein ändern kann.

Gorleben ist überall – was die atomare Gefahr angeht. Aber Gorleben ist noch nicht überall, was die Bereitschaft zum Widerstand angeht.

Deshalb kann es sich die Atommafia leisten, neuen Atommüll nach Frankreich und Britannien zu schicken. Anfang April hat sie sogar beantragt, die Atomstrom-Produktion zu steigern und dazu die Leistung der Atomkraftwerke zu erhöhen. Neue Atommüll-Transporte nach Ahaus und Gorleben sind geplant.

Es gibt nur einen Weg, neue Castortransporte zu verhindern: Der Protest muss breiter, umfassender, massenhafter werden. Wenn beim nächsten Castortransport 100.000 oder 200.000 ins Wendland kommen um sich quer zu stellen, dann ist er weder polizeilich noch politisch durchsetzbar.

Aber selbst dann würde die rot-grüne Regierung die Atomkraftwerke weiter laufen lassen.

Eine ganze Generation von

AtomkraftgegnerInnen im Wendland und anderswo hatte ihre Hoffnung in die Grünen und in den rot-grünen Regierungswechsel gesetzt. SPD und Grüne sind aber keine antikapitalistischen, sondern pro-kapitalistische Parteien. Kapitalismus bedeutet Profit und der ist beim Atomstrom ziemlich groß. Deshalb erleben wir heute, dass eine rot-grüne Regierung zum unterschiedlichen Sachverwalter der Interessen der Atommafia geworden ist. Wie Hohn klingt es da, wenn die einzige im Bundestag vertretene linke Partei, die PDS, die sogar einen sozialistischen Anspruch hat, sich zum Ziel setzt, von der Atom-Partei SPD als potenzieller Koalitionspartner nach der nächsten Wahl anerkannt zu werden.

Nicht nur die Atomkraft, auch BSE, Gentechnik und Klimakatastrophe bedrohen uns und unsere Umwelt. Notwendig ist eine neue antikapitalistische Partei, die die verschiedenen Proteste zusammenfasst, vergrößert und sie mit dem Kampf um Arbeit und Einkommen verbindet. Notwendig ist eine Partei, die eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus anbietet. Wir brauchen eine neue sozialistische Arbeiterpartei.

Georg Kümmel, Köln

unser standpunkt

Berliner Finanzkrise:

Sparen wir uns diesen Senat!

Als im Februar der Spendenskandal um den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, bekannt wurde, war das für viele erst mal nur ein weiterer Korruptionsfall. Inzwischen ist jedoch das ganze Ausmaß der Finanzkrise des CDU/SPD-Senates ans Tageslicht gedrungen. Die Finanzgeschäfte von Landowsky, (der mit mehr als 700.000 Mark im Jahr spazieren geht), als Chef der Berliner Hyp werden der Bundeshauptstadt 135 Millionen Mark kosten. Angesichts eines geschätzten Haushaltsdefizits zwischen fünf und sechs Milliarden ist das aber nur noch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Berlin steckt mit 65 Milliarden Mark in den roten Zahlen; das entspricht in etwa dem Jahresetat von Baden-Württemberg. Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr eine Haushaltssperre verhängt, nachdem das Haushaltsjahr gerade zwei Monate alt war. Das Problem: In den vergangenen Jahren wurden die Löcher im Haushalt durch Privatisierungen und Immobilienverkäufe gestopft. Jetzt ist das „Tafelsilber“ weg, und die Stadt hat gleichzeitig wichtige Einnahmequellen verloren.

Grund für die permanente Notlage sind mangelnde Einnahmen durch Steuern und hohe Ausgaben durch die Massenarbeitslosigkeit. Bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von mehr als 15 Prozent sowohl in Ost- als auch in West-Berlin wird die Hauptstadt nicht von ungefähr die „Hauptstadt der Arbeitslosen“ genannt. Durch die Deindustrialisierung nach der kapitalistischen Wiedervereinigung wurden allein in Ost-Berlin mehr als 100.000 Industriearbeitsplätze vernichtet. Generell wurden die Produktionsanlagen im Osten aus Konkurrenzgründen plattgemacht und einzelne wenige Betriebe als verlängerte Werkbänke der Westkonzerne genutzt.

Natürlich ist es nicht so, dass niemand kassiert. An den Prestigebauten für den Hauptstadtmuzug, für den Großflughafenbau oder für den Ausbau vom Potsdamer Platz haben sich die beteiligten Konzerne eine goldene Nase verdient. Durch die hohe Verschuldung der Stadt stecken die Banken Tag für Tag allein an Zinsen 11,2 Millionen Mark ein.

An diese Gelder geht die Große Koalition nicht ran. Statt dessen werden die Kosten auf die ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen abgewälzt. Wenn im Juni der Nachtragshaushalt verhandelt wird, geht es um Einsparungen in Millionenhöhe. Schon bei den Bezirkshaushalten sind Kürzungen von 230 Millionen Mark geplant.

2.500 Stellen sollen dort noch in diesem Jahr abgebaut werden. Das bedeutet in erster Linie Schließungen von sozialen Einrichtungen. Es ist sicher nur eine Frage der Zeit, wann erste Entlassungen im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden. Der jüngste SPD-Parteitag hat mehrheitlich den Plänen des Senates zugestimmt, die Schulzeit der GymnasiastInnen um ein Jahr zu verkürzen. Wir müssen uns auch darauf einstellen, dass die Erhöhung der Studiengebühren wieder auf die Tagesordnung kommt.

Statt dessen sollten die Betroffenen auf allen Ebenen Konferenzen abhalten, um für jeden Bezirk und für die Stadt einen bedarfsgerechten Haushalt aufzustellen. Zur Finanzierung müssen die Schuldentilgungen an die Banken eingestellt, die Banken in Gemeineigentum überführt werden und die Gewerbesteuer drastisch erhöht werden, um die Großkonzerne zur Kasse zu bitten. Damit diesen Forderungen Nachdruck verliehen wird, könnte als erster Schritt für weitergehende Kampfmaßnahmen ein stadtweiter Streik- und Protesttag organisiert werden.

In den letzten Wochen wurde nochmals deutlich, dass man auf keine der etablierten Parteien bauen kann. Bei den Diskussionen um Neuwahlen hat sich besonders Gregor Gysi mit seinem Vorschlag für einen Senat hervorgetan, der sich nicht aus Parteimitgliedern, sondern aus „Fachleuten“, aus Technokraten, zusammen setzen soll. Das Problem mit dem Senat ist aber keine Frage der Kompetenz, sondern der politischen Interessen.

Die PDS ist letztendlich nur auf eine Regierungsbeteiligung aus und wird dann die Kürzungen in Berlin genauso mit umsetzen wie in Mecklenburg-Vorpommern. Die Alternative kann nur sein, dass AktivistInnen aus den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen selber zur Wahl antreten. Ob die Beschäftigten vom Krankenhaus Moabit, die seit einem Jahr gegen die Schließung kämpfen, oder die Eltern und LehrerInnen, die mehrere Großdemonstrationen auf die Beine gestellt haben, oder die Studierenden, die gegen Elitebildung aktiv sind. Die Gewerkschaft HBV, die inzwischen in ver.di aufgegangen ist, musste auf Druck der Basis schon erklären, keine Wahlaussage zugunsten der SPD mehr machen zu können.

Der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei und der Kampf für ein sozialistisches Programm, wofür die SAV eintritt, sind in Berlin dringender als je zuvor.

Anti-Castor-Proteste im Wendland

Atomstrom ist grün – Widerstand ist rot

Feliza Schöne und Choni Flöther aus Bremen beteiligten sich an den Protesten und Blockaden gegen die Castortransporte im März nach Gorleben. Hier ihr Bericht:

Beeindruckend war die breite Unterstützung der Proteste durch die Menschen im Wendland. Sie gibt einen Vorgeschmack darauf, was durch Eigeninitiative und Selbstorganisation der Menschen alles möglich wird. Tausende DemonstrantInnen wurden durch die Bevölkerung mit Essen und auch mit Unterkünften versorgt. Mit dem Beginn fast jeder größeren Aktion war auch schon eine mobile Suppenküche vor Ort.

Dieses Jahr war die Polizei im Vorfeld massiv gegen die Camps der DemonstrantInnen vorgegangen. So gut wie alle Camps, die geplant wurden, hatte sie verboten und geräumt. Als Reaktion darauf besetzten SchülerInnen

aus Dannenberg unter dem Motto „Besetzer rein – Besetzer raus!“ spontan ihre Turnhalle, wo zeitweise bis zu tausend AktivistInnen übernachten konnten. Auch wir haben dort übernachtet und waren beeindruckt von der Selbstorganisation und der Disziplin der Jugendlichen. Junge SchülerInnen regelten die gesamte Versorgung und organisierten mehrere gemeinsame Demonstrationen. Wir waren mit 20-25 SAV-Mitgliedern vor Ort und hatten einen guten Kontakt mit den SchülerInnen. Wir unterstützten sie bei der Organisation der Demos und unser Megaphon und unsere Slogans kamen oft zum Einsatz. Wir gehörten zu den wenigen politischen Gruppen, die bei den Protesten offensiv aufgetreten sind. Unsere Fahnen kamen auf den Aktionen positiv zur Geltung. Die PDS war nur mit relativ wenigen Mitgliedern vertreten.

Ausnahmezustand im Wendland

Massiver Protest kam von der Bevölkerung gegen den Besatzungszustand im Wendland durch die Polizei und den Bundesgrenzschutz. Fast 20.000 Polizisten waren während der Blockaden im Einsatz. (Im von Krieg und Bürgerkrieg zerrissenen Kosovo, das zehnmal so groß ist wie das Wendland, sind 40.000 Soldaten stationiert.) Auf den Landstraßen begegnete man ständig langen Kolonnen von Polizeifahrzeugen. Bis zu 40 Mannschaftswagen, mit Wasserwerfern und Räumfahrzeugen fuhren mit Blaulicht in der Gegend rum – häufig auch ohne konkreten Anlass. Insgesamt waren 94 Hubschrauber im Einsatz, deren Geknatter ständig zu hören war. Das demonstrative und massive Auftreten der Polizei führte zu einer starken Einschränkung des normalen Lebens vieler AnwohnerInnen. In den Autos klebten Plakate „Besetzer raus aus dem Wendland!“. Eltern erzählten, dass ihre Kinder unter Alpträumen litten.

Trotz alledem gelang es der Polizei nicht, während der Blockadeaktionen den Überblick zu behalten. Die vielen Versuche, irgendwo auf die Gleisstrecke zu kommen, die oft auch kurze Zeit gelangen, waren für sie nicht mehr zu überschauen. Überall mussten Einsatzkräfte hingeschickt werden, mal zu kleinen, mal zu größeren Aktionen. Dieses Binden der Polizei machten auch die spektakulären Einzelaktionen erst möglich.

Die Polizei ging, wie nicht anders zu erwarten war, oft mit äußerst harten Mitteln vor. Bei einer rein symbolischen Aktion am Montag, den 26. März die von ansässigen Bauern und Bäuerinnen organisiert war, räumte sie mehrere hundert DemonstrantInnen mit körperlicher

Gewalt von der Straße, während sie demonstrativ mehrere Wasserwerfer auffuhr und deren Einsatz ankündigte. Als die Castoren schon erfolgreich durch die einbetonierten AktivistInnen aufgehalten wurden, kam es sowohl am Dienstag als auch am Mittwoch zu größeren Protestaktionen in Dannenberg. Hierbei ging die Polizei brutal gegen die DemonstrantInnen vor, angeblich alles „zugereiste Autonomie“. Sie prägeln hemmungslos auf die Menge ein, unter den Verletzten fand man hauptsächlich SchülerInnen, von denen viele noch unter 16 waren. Nach den Aktionen hörte man häufig, dass verschiedene Menschen, so zum Beispiel eine ansässige Pastorin, gesehen hatten, wie aus den Reihen der Polizisten „autonom aussehende“ Personen kamen, die als Provokateure in die Proteste eingriffen.

Stunk für die Grünen

Interessant waren auch die Aktionen, die von den örtlichen AnwohnerInnen und Bäuerinnen und Bauern organisiert wurden. Hierbei wurde die Ablehnung des so genannten „Atomkonsenses“ deutlich und besonders die Grünen bekamen ihr Fett weg. Auf der „Stunkparade“ mit rund 500 Treckern fuhr unter anderem ein Wagen mit den Fahnen der Grünen. Quer über diese war mit Farbe „Verräter“ gesprüht. Die Grünen-Funk-



tionärInnen, die eigentlich den Wagen fahren wollten, darunter Claudia Roth, waren zuvor bei Gorleben in den Wald gejagt worden. Die Tausende von AktivistInnen, die beim Castor-Transport waren, sind von der rot-grünen Regierung, und besonders von den Grünen enttäuscht. Viele waren für Ideen der SAV offen.

Alle, die im Wendland aktiv waren, haben sicherlich einen bleibenden Eindruck vom Verhalten der Polizei bekommen und lassen sich von Polizeiketten lange nicht mehr so beeindruckt wie vorher. Gorleben war für die rot-grüne Regierung nur der Auftakt für weitere Atommülltransporte. Aber auch für die Proteste ist es ein neuer Auftakt gewesen. Wir werden weiter in den Kämpfen aktiv sein, und das nicht bloß, weil die SchülerInnen in Dannenberg uns zum Abschied sagten, das nächste Mal sollten wir mit fünfmal soviel Leuten kommen.



Die SAV war bei den Blockaden und Protesten gegen den Castor im Wendland aktiv dabei

NMD

Ein neues Wettrüsten hat begonnen

Mit ihrer Ankündigung des Aufbaus einer nationalen Raketenabwehr (NMD) hat die US-amerikanische Regierung Anfang Februar mehr als zehn Jahre nach dem Ende des so genannten „Kalten Krieges“ den Startschuss für eine neue weltweite Rüstungsspirale gegeben.

Von Jörn Kroppach, Hamburg

National Missile Defense (NMD) ist der Plan für ein Raketenabwehrsystem der USA. Schritt für Schritt sollen Abfangraketen stationiert werden, die über weltweit installierte Radarstationen gelenkt und gesteuert werden. Im Falle eines Angriffs sollen die NMD-Abwehrraketen die feindlichen Raketen vernichten, bevor sie die USA erreichen. NMD ist Teil einer riesigen Aufrüstung in den USA. Der US-amerikanische Rüstungshaushalt beträgt schon heute umgerechnet 450 Milliarden Mark jährlich und soll nun um weitere 167 Milliarden Mark erhöht werden (DFG-VK, 6.1.00). So modernisieren die USA zum Beispiel 3.000 auf U-Booten stationierte Atomwaffen.

Schützen soll NMD angeblich vor den Gefahren der so genannten „Schurkenstaaten“. Hierzu zählen die USA unter anderem Nordko-

rea, Irak und Iran. Derartige Staaten, die von Diktatoren beherrscht werden, die Bevölkerung unterdrücken oder Kriege anzetteln, werden von den USA jedoch nicht generell als Schurkenstaaten bezeichnet. Saddam Hussein im Irak zum Beispiel wurde über viele Jahre von den USA finanziell und militärisch unterstützt. Damals war der Irak aus Sicht der USA kein Schurkenstaat. Ähnlich ist es mit den Taliban, die in Afghanistan eine brutale Diktatur errichtet haben – sie erhielten in den 80er Jahren Geld und Waffen von den USA. Entscheidend ist für die USA, in wessen Interesse der Schurke gerade arbeitet.

Rüstungsspirale

NMD bewirkt einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf. Der zwischen den damaligen Weltmächten USA und Sowjetunion geschlossene ABM-Vertrag von 1972 hatte für eine gewisse Rüstungskontrolle gesorgt. Beschränkte Abrüstungsmaßnahmen waren vereinbart und unter anderem eine flächendeckende nationale Raketenabwehr verboten worden. Der amerikanische Physiker Ted Postol kommentierte: „Ohne die einschränkende Wirkung des ABM-Vertrages dürfte die Entwicklung von NMD zu einer Expansion der chinesischen Nuklear-

streitmacht führen, was wiederum Indien und Pakistan zu Aufrüstungsschritten zwingen wird. So könnte es durch die Aufstellung eines Systems, das gar nicht funktioniert, aber in einer unbestimmten Zukunft mit seinen Fähigkeiten droht, zu einer Zunahme der Atomwaffen kommen“ (22.2.01, Frankfurter Rundschau). Der neue US-Verteidigungsminister Rumsfeld nannte die ABM-Verträge kürzlich „Schnee von gestern“ (junge welt vom 11.04.01).

Auch wenn der künftige technische Erfolg von NMD umstritten ist: Allein die Möglichkeit, dass es teilweise funktionieren könnte, ist eine Bedrohung für alle übrigen Länder.

Atomkrieg möglich

NMD soll das bisher bestehende „Gleichgewicht des Schreckens“ beenden. Das Projekt ist der Traum aller Militärstrategen: Einen begrenzten Atomkrieg führen, ohne dass das eigene Land vom Gegner in Schutt und Asche gelegt wird. Und dass die US-Regierungen keine Skrupel haben, Atombomben zu werfen, haben sie in Hiroshima und Nagasaki 1945 bewiesen. Auf Bestreben der USA wurde auf dem NATO-Militärausschuss der Ersteinsatz von Nuklearwaffen gegen so genannte Schurkenstaaten festgeschrieben.

Milliarden für die Rüstungsindustrie

Ebenso wie bei dem Anfang der 80er Jahre von den USA mit ähnlichen Zielen vorangetrieben und später gescheiterten SDI-Programm steht auch hinter dem Erfolg und Funktionieren von NMD ein großes Fragezeichen. Das stört die Rüstungsindustrie allerdings wenig. Die Kosten für das NMD-Programm werden mindestens 100 Milliarden Dollar betragen. Das ist genauso viel wie insgesamt seit 1950 in den USA für die Forschung und Entwicklung sechs verschiedener Raketenabwehrprogramme ausgegeben wurden (Süddeutsche Zeitung, 13.03.01).

Verschärfte Wirtschaftskonkurrenz

Hinter dem angeblichen Selbstschutz der USA verbirgt sich das Ziel eines weltumspannenden Drohpotenzials, das gegen jedes Land eingesetzt werden kann, das den Interessen der US-Regierung

steht zur Disposition. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich mit dem Umbau der deutschen Bundeswehr zu einer Interventionsarmee (siehe VORAN Nr. 221). Auch der jüngste Konflikt zwischen den USA und China um ein US-Spionageflugzeug zeigt die wachsenden politischen



Das NMD-Programm wird über Radarstationen gesteuert. Das unter Bill Clinton begonnene Rüstungsprojekt wird nun unter US-Präsident George Bush vorangetrieben

in die Quere kommt. Und zu diesen Interessen gehört auch der weltweite Zugang zu Rohstoffen und der möglichst ungehinderte Absatz der Waren der US-Konzerne, der notfalls auch mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt wird.

Die USA wollen mit der geplanten Aufrüstung ihre weltweite militärische Vormachtsstellung absichern.

Die verschärfte weltweite Konkurrenz zwischen den großen Wirtschaftsblöcken USA, Europa und Japan lässt die Länder handeln. Die EU will bis zum Jahre 2003 eine Eingreiftruppe von 60.000 Soldaten (und einer Hilfs-truppe von weiteren 150.000 Soldaten) für den weltweiten Einsatz aufstellen.

Auch in Japan findet eine verstärkte Aufrüstung statt. Das dort in der Verfassung festgeschriebene Verbot des Einsatzes japanischer Truppen im Ausland

und militärischen Spannungen. Die sich abzeichnende weltweite Wirtschaftskrise wird den internationalen Konkurrenzkampf der Konzerne und ihrer Vertreter in den Regierungen weiter verschärfen. Die Gefahr der Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen mit kriegerischen Mitteln wächst.

Gegenwehr

Der Kampf gegen Aufrüstung und Militarismus muss deshalb auch immer verbunden sein mit dem Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Die Proteste gegen das Treffen der europäischen Regierungschefs im Juni in Göteborg (Thema unter anderem: Aufbau der europäischen Armee) und gegen den Gipfel von G 7 und Russland im Juli in Genua sind gute Gelegenheiten unseren Widerstand gegen Aufrüstung und die Diktatur der Banken und Konzerne auf die Straße zu tragen. ■

Internationale Rüstungsindustrie 1999 – Umsatz in Mrd. Dollar – Konzernumsätze, gegliedert nach Rüstungsanteilen

Rang	Unternehmen	Umsatz in Mrd. US-Dollar Gesamt	Rüstung
1	Boeing (USA)	58	17
2	Lockheed Martin (USA)	26	17
3	British Aerospace/Mancini (GB)	20	16
4	Raytheon (USA)	20	15
5	Northrop Grumman (USA)	19	8
6	EADS (Dassault/Brexit/Matra/Casa)	23	7
7	Thomson CSF (Frankreich)	7	5
8	Finmeccanica/Alenia (Italien)	4	3
9	United Technologies (USA)	25	3
10	Mitsubishi Heavy Ind. (Japan)	26	2
Summen		216	93,5
davon: auf die 5 US-Konzerne entfallend		139 = 64%	60 = 64%

Quelle: Fortune vom 24. Juli 2000

Besuch in Belgrad

Enttäuschung und Streikbereitschaft unter serbischen ArbeiterInnen

Am 5. Oktober 2000 fegte eine Bewegung von Jugendlichen und ArbeiterInnen in Serbien Milosevic und seine Diktatur weg. Doch viele fühlen sich jetzt um die Früchte des Aufstandes betrogen. Während vor allem Leute aus der Mittelschicht der neuen Regierung noch geduldig gegenüber stehen und betonen, dass Veränderung Zeit brauche, haben die ArbeiterInnen in Serbien seither kaum aufgehört, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Stephan Kimmerle besuchte im April zum zweiten Mal nach dem Oktober 2000 im Auftrag des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI) Serbien. Hier sein Bericht:



Im Oktober 2000 wurde Milosevic durch eine revolutionäre Erhebung zu Fall gebracht. Vor allem unter den Beschäftigten sind die Erwartungen in die neue Regierung einer Ernüchterung gewichen. Streiks häufen sich

Vor allem LehrerInnen, Beschäftigte der Post und die Bergarbeiter versuchen, sich mit Streiks und Demonstrationen gegen das alte Milosevic-System der Korruption und des Schwarzmarkts zu wehren und die alten Direktoren in den Betrieben los zu werden. Gleichzeitig kämpfen sie dafür, ihre unmittelbaren Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern. Das alte Milosevic-System hat zwar die Spitze verloren, doch sauberer geworden sind die Verhältnisse nicht. Den alten Machthabern wurde kaum ein Haar gekrümmt, die angehäuften Gelder – auch auf Auslandskonten – nicht angetastet. Die neuen Machthaber haben vor allem schnell begonnen, sich selbst zu bereichern.

Milosevic wurde zwar verhaftet, aber nur, weil die Nato nochmals eine Rechtfertigung ihres Krieges um den Kosova benötigte und deshalb der neuen Regierung ein Ultimatum setzte.

Der Westen diktiert die Politik und Präsident Kostunica und die neue Regierung unter Djindjic versuchen, mit Angriffen auf die Arbeitsgesetze, auf RentnerInnen und Kranke, mit Erhöhungen der Steuern für die Allgemeinheit und weitere Preissteigerungen, sowie mit einer neuen Privatisierungswelle ihre Hausaufgaben bei IWF, Weltbank und die ausländischen Kon-

zerne zu machen. Auch von diesen Angriffen sollte die Milosevic-Verhaftung ablenken, die in Serbien selbst viel weniger Thema war, als in den deutschen Medien.

Zu diesen Angriffen gehört auch, dass die Gewerkschaften, die noch vor den Wahlen am 23. Dezember umgarnt wurden, jetzt von der Regierung unter Druck gesetzt werden. In den Betrieben wird versucht, gegen Streiks und Proteste, mehr aus den ArbeiterInnen raus zu holen – wie zu Milosevic-Zeiten.

Nezavisnost und Otpor

Die Auseinandersetzungen nehmen an Bitterkeit zu, wegen der Enttäuschung mit der neuen Regierung und da die Lebensverhältnisse angesichts steigender Grundnahrungsmittelpreise noch schlechter werden. Am 27. März fand ein Warnstreik in den Betrieben statt, organisiert durch den unabhängigen Gewerkschaftsdachverband Nezavisnost.

Viele Jugendliche, die noch im Oktober mit in der ersten Reihe kämpften, sind frustriert. Die Jugendorganisation Otpor, die im Oktober das Bild auf der Straße prägte und viele begeisterte, hängt inzwischen am Rockzipfel der neuen Regierung. Aber viele Jugendliche überlegen, wie der Kampf weiter geführt werden

kann. Neue Gruppen im Umweltschutz oder um Fragen von Jugendzentren entstehen und versuchen, an die einstige Militanz und Kraft von Otpor anzuknüpfen.

Insgesamt hat sich aber das Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen momentan weg von den Jugendlichen verschoben. Desillusionierung und Frustration und das Fehlen einer linken Alternative erlauben, dass nationalistische Kräfte sich als die einzige Opposition darstellen können, dass Skinheadgruppen in Belgrad wachsen und auch der physische Terror gegenüber GewerkschafterInnen zu nimmt. Eine Nezavisnost-Aktivistin, die in ihrem Betrieb Korruption und Misswirtschaft offenlegte, wurde unter ungeklärten Umständen umgebracht.

Alternative nötig

Aus Mangel an politischer Alternative herrscht eine Stimmung vor, dass wenn man sich schon an die westlichen Konzerne verkaufen müsse, dann doch so teuer wie möglich. Das garantiert, dass die Kämpfe der Beschäftigten weitergehen werden – denn noch sind nicht nur die Hoffnungen auf ein besseres Leben, sondern auch das Bewusstsein des Oktobers 2000 von der eigenen Stärke vorhanden. Doch deutlich wird auch: Kapitalismus bedeutet in ganz Osteuropa: Schwarzmarkt, Korruption, Ausverkauf. Einige GewerkschafterInnen haben begonnen, die Diskussion um den Aufbau einer linken Partei neu zu führen. Damit stellt sich die Frage nach einem alternativen, sozialistischem Programm. Ein solches Programm ist nötig, damit die Region einen Ausweg aus Nationalismus, Krieg und Elend finden kann. ■

Ihr da oben ...



Arm und Reich

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Dieser allgemeine Eindruck wird auch durch den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt. In Westdeutschland besaßen 1998 die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 42 Prozent des gesamten Privatvermögens, aber 50 Prozent der Bevölkerung besaßen zusammen nur 4,5 Prozent des Privatvermögens.

Im Jahre 1995, (neuere Zahlen wurden nicht erhoben), gab es 13.000 Einkommens-Millionäre. Im Schnitt betrug ihr jährliches Einkommen drei Millionen Mark. Dagegen mussten Ende 1998 knapp drei Millionen Menschen von Sozialhilfe leben, davon waren rund eine Million Kinder und Jugendliche.

Die Zahl der Überschuldungsfälle wurde 1999 auf 2,8 Millionen geschätzt. Die starke Zunahme von 30 Prozent gegenüber 1994 ist vor allem auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückzuführen, wo Arbeitslosigkeit der wesentliche Auslöser von Überschuldung war.

Und was sagt Finanzminister Eichel, wenn eine Erhöhung von Kindergeld und Sozialhilfe gefordert wird? Dafür sei kein Geld da.

American way of life

US-Präsident George Bush macht Steuergeschenke an die Reichen und will von der Klimakatastrophe nichts wissen. Was das miteinander zu tun hat? Nun, ein US-amerikanischer Millionär, Dennis Tito, ist der erste „Weltraumtourist“. Ende April wollte er mit einer russischen Rakete zur Weltstation ISS fliegen. Nur so, aus Spaß. Dafür zahlt er umgerechnet 43,8 Millionen Mark. Die Rakete wird dabei, vorsichtig geschätzt, mehr klimaschädlichen Treibstoff verbrauchen als ein durchschnittlicher Autofahrer in 1.000 Jahren.

Ökologischer Umbau verbaut

Den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft hatten einst die Grünen auf ihre Fahne geschrieben. Auch die SPD wollte etwas für den Umweltschutz tun. Nach zweieinhalb Jahren Rot-Grün erwartet man aber nicht mehr viel von dieser Regierung. Da freut man sich doch, dass das Umweltbundesamt immerhin den VerbraucherInnen einen Öko-Tipp gibt, um unnötige Warentransporte zu vermeiden: „Kaufen sie Getränke aus der Region, denn: jeder Kilometer zählt“. Aber halt, zu früh gefreut. Der EU-Wettbewerbschützer, Kommissar Monti, sah darin eine unzulässige Diskriminierung ausländischer Produkte. Rot-Grün gab nach und beschloss, das Umweltbundesamt solle sich mit dem Appell begnügen. „Denken Sie beim Kauf auch an die Entfernung“. (Die Zeit, 22.3.01) Aus dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft wird wohl wieder nichts.



... wir hier unten

Reform des Betriebsverfassungsgesetzes

Betriebsräte brauchen kämpferische Gewerkschaften

„Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt.“ Mit diesem Motto will die Gewerkschaftsführung die diesjährigen Mai-Kundgebungen zu Werbeveranstaltungen für Co-Management und Riesters Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVg) machen.

Von Ursel Beck, Köln

Sowohl die Bundesregierung als auch die Gewerkschaftsführung reden von einer Erweiterung der Mitbestimmung. Dabei haben die Betriebsräte nach dem bisher geltenden BetrVg kaum Mitbestimmungsrechte. Die meisten Rechte sind sogenannte Informations- und Mitwirkungsrechte. Und daran ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Der Betriebsrat hat nach wie vor kein Recht Investitionen zu fordern, geschweige denn irgendwas per Arbeitskampf durchzusetzen. Kampf gegen Rassismus und Umweltverschmutzung sollen künftig Mitwirkungsrechte des Betriebsrates sein. Aber kein Betriebsrat kann ein Veto einlegen, wenn der Betrieb umweltschädliche Produkte herstellt. In keinem Druckbetrieb kann der Betriebsrat ein Veto einlegen, um Druckaufträge mit rassistischem und faschistischem Inhalt zu verweigern.

Produktivitätssteigerung

Der Schröderregierung geht es mit der Reform des BetrVg um die Anpassung des gesetzlich verankerten Co-Managements der Betriebsräte an den Bedingungen des globalisierten, liberalisierten und deregulierten Kapitalismus. Dafür soll es bereits in Betrieben ab 200 statt bisher 300 Beschäftigten eine Freistellung geben. LeiharbeiterInnen und geringfügig Beschäftigte sollen das Wahlrecht bekommen. Gegenüber den Befürchtungen der Unternehmer, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung für sie am Ende nicht aufgeht, hat die Bundesregierung eine eindeutige Antwort: „Sollte sich herausstellen, dass ein

neues BetrVg nicht zu mehr Produktivität und zu einer Verbesserung der Arbeitsabläufe führt, werden wir das Gesetz wieder ändern.“ (Klaus Brandner, Leiter der Arbeitsgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion im Handelsblatt vom 22.9.00.)

Betriebsvereinbarungen

„Das Betriebsverfassungsgesetz ist noch weitgehend am Zustand der Vollbeschäftigung orientiert, nicht jedoch daran Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen (...) Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung (...) weisen den Weg, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam einen Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau der Beschäftigung leisten können“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).

Was hier den Weg weisen soll sind Betriebsvereinbarungen wie bei Holzmann. Hier unterschrieb der Betriebsrat eine Vereinbarung, wonach 3.800 Arbeitsplätze abgebaut werden und der Rest der Belegschaft bis Ende 2001 2 Jahre lang wöchentlich 5 unbezahlte Überstunden klopfen soll.

Betriebsräte sollen jetzt per Betriebsverfassungsgesetz mit der Nase auf solche Möglichkeiten gestoßen werden. Noch schlimmer: der Arbeitgeber hat sogar die Möglichkeit Arbeitsgruppen zu bilden mit irgendwelchen Beschäftigten und mit diesen Betriebsvereinbarungen außerhalb jeglicher demokratischer Legitimation abzuschließen. Hinzu kommt, dass die Beteiligten in diesen Arbeitsgruppen nicht den rechtlichen Schutz von Betriebsräten haben, also noch leichter zu erpressen und unter Druck zu setzen sind.

Die Bundesregierung weist auch ausdrücklich daraufhin, dass wegen der Häufung von Öffnungsklauseln beim Abschluss von Tarifverträgen, Betriebsräte die Aufgabe haben, diese Öffnungsklauseln zu erfüllen. Per Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll-

len die Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden, tarifliche Öffnungsklauseln auch zu nutzen, sprich Flächentarifverträge zu unterlaufen.

Kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die Bundesregierung zitiert bei ihrer Begründung für die Reform des BetrVg stolz eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft aus dem Jahre 1998. Demzufolge bewerten Betriebsräte und Arbeitgeber die Zusammenarbeit in der betrieblichen Praxis zu mehr als 70 Prozent mit „gut“ oder „sehr gut“. Solche Zahlen in Zeiten von verschärftem Druck auf die Gewerkschaften sind eine Schande für die Gewerkschaftsbewegung.

Entscheidend für die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen ist deshalb nicht die eine oder andere Änderung am Betriebsverfassungsgesetz, sondern, dass die Gewerkschaften einen radikalen Kurswechsel vollziehen und die vorhandene Kampfkraft gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnraub, Leistungsverdichtung, Privatisierung und Deregulierung einsetzen. Sie müssen einen ideologischen Bruch vollziehen mit der Idee der Sozialpartnerschaft und des kapitalistischen Krisenmanagements. Sie müssen die AktivistInnen, die Vertrauensleute und Betriebsräte ideologisch bewaffnen mit der Idee, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, dass es einen unvereinbaren Interessengegensatz gibt zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen und dass die Arbeiterbewegung einen konsequenten Kampf führen muss für ihre Interessen und in diesem Kampf letztlich die Macht der Unternehmer in den Betrieben und der Gesellschaft brechen muss. Kämpferische Betriebsräte müssen ermutigt werden. Betriebliche Kämpfe müssen zum Kampf der gesamten Gewerkschaft werden.

Weil die Gewerkschaftsführung und viele Betriebsräte ihren Frieden mit der Diktatur der Marktwirtschaft geschlossen haben, ist es Aufgabe der Gewerkschaftslinken, die bereits vorhandene Radikalisierung an der Basis zu nutzen für den Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition, die eine kämpferische inhaltliche und personelle Alternative anbietet kann zur jetzigen Gewerkschaftsführung und bei den Betriebsratswahlen im nächsten Jahr. Auch oppositionelle Kandidaturen zu den offiziellen Gewerkschaftslisten bei Betriebsratswahlen können dabei ein geeignetes Mittel sein. ■



Im Rahmen des DGB-Aktionstages vom 5. April zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVg) zogen in Rüsselsheim 5.000 Beschäftigte des Opel-Werkes in einem Demozug durch die Innenstadt. Entscheidend für die Verteidigung der Interessen der Beschäftigten sind aber nicht einzelne Änderungen am BetrVg, sondern kämpferische Gewerkschaften und Betriebsräte

Unser Programm

- Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung – raus aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit
- Keine Unterschrift unter eine Betriebsvereinbarung oder einen Tarifvertrag ohne demokratische Diskussion und Abstimmung der Betroffenen
- Unterordnung der Betriebsräte beziehungsweise der Gewerkschaftsfunktionäre unter die demokratische Kontrolle der Belegschaft beziehungsweise der gewerkschaftlichen Gremien
- Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre
- Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft in den Betrieben, regional und bundesweit zur Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen und ihrer Familien
- Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur Gewerkschaftsführung und bei den Betriebsratswahlen 2002

Geschichte der Betriebsräte

1918 In der Novemberrevolution entstehen auf allen Ebenen Arbeiter- und Soldatenräte. Sie sind die Kampforgane der Revolution und Machtorgane in der Zeit der Doppelherrschaft zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten bis 1919

1920 Erstes Betriebsrätegesetz. Ausgehandelt zwischen der Ebert-Regierung und der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Es beschränkt die Arbeiterräte auf die Betriebe und verpflichtet sie zur „Wahrung des guten Einvernehmens zwischen Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber“. Als das Gesetz verabschiedet wird, demonstrieren Tausende von ArbeiterInnen dagegen. Die Regierung lässt auf die ArbeiterInnen schießen. 42 DemonstrantInnen werden erschossen, Hunderte verletzt

1934 Die Nazis schaffen das Betriebsrätegesetz ab und lösen Betriebsräte auf. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933 hatten die Nazis weniger als 3 Prozent der Stimmen bekommen

1945 In den Betrieben bilden sich spontan Betriebsausschüsse und Betriebsräte. Sie jagen Nazis aus den Chefetagen und nehmen die Produktion selbst in die Hand. Sie verlangen die Sozialisierung der Schlüsselindustrien

1951 Nachdem 96 Prozent der Gewerkschafter im Bergbau für Kampfmaßnahmen zur Ausweitung der Mitbestimmung gestimmt hatten, kommt es zur Verabschiedung der Montan-Mitbestimmung. Sie bestimmt eine paritätische Beteiligung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten der Stahl- und Bergwerke

1952 Die CDU-geführte Regierung unter Adenauer verabschiedet das bis heute geltende Betriebsverfassungsgesetz. Mit diesem Gesetz wird den Betriebsräten und Gewerkschaften, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpfte Position in den Betrieben beschnitten und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern verpflichtet. Deshalb kommt es zu Massentstreiks. Nachdem Adenauer der Gewerkschaftsführung Verhandlungen angeboten hat, werden alle Kampfmaßnahmen abgeblasen. Auf dem DGB-Kongress 1952 kommt es deshalb zur Abwahl des damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden

1972 Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes durch die sozialdemokratisch geführte Brandt-Regierung. Es gibt eine minimale Ausweitung der Rechte der Betriebsräte. Gleichzeitig wird die Amtszeit von 2 auf 3 Jahre erhöht

1975 Betriebsratswahlen. Infolge der Radikalisierung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre und weil die alteingesessenen Funktionäre kämpferische KollegInnen bei der Aufstellung der Betriebsratslisten ausmanövrieren, entstehen zum ersten Mal gleichzeitig in einer Reihe von Großbetrieben oppositionelle Listen. Sie erreichen zum Teil spektakuläre Ergebnisse

1998 Nach jahrelangen Diskussionen auf Funktionärebene beschließt der DGB-Vorstand 29 konkrete Forderungen zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVg). Diese Forderungen sind absolut bescheiden. Die SPD verspricht im Wahlkampf die Reform des BetrVg. Von den 29 Forderungen des DGB wurden aber nur 3 voll berücksichtigt, 7 zum Teil und 19 wurden vollständig übergangen. Während die Unternehmer lauthals ihre Forderungen stellen, verzichtet die DGB-Führung vollständig auf eine Offensive um ihre selbst beschlossenen Forderungen und verteidigt nur noch die Regierungsvorlage

2002 Die nächsten ordentlichen Betriebsratswahlen



ver.di braucht innergewerkschaftliche Opposition

Bis zum Jahr 2003 werden alle Vorstands- und Geschäftsführerposten in ver.di nach dem Proporzprinzip unter den alten Vorständen ausgetauscht. Nach dem Motto „wir versorgen uns selbst“ wechseln ötv-Funktionäre ins Management privatisierter Betriebe. Der öffentliche Dienst wird in Fachbereiche zerschlagen. Das macht eine gemeinsame Diskussion und einen gemeinsamen Kampf der Beschäftigten gegen Privatisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Ausstieg aus dem BAT unmöglich. Kein Mensch weiß ob und wie die Fachbereiche des öffentlichen Dienstes in künftigen Tarifverträgen zusammengefasst werden sollen.

Der Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition in ver.di ist deshalb enorm wichtig. Bereits 1996 haben sich kritische und kämpferische Personalräte, Vertrauensleute, JugendvertreterInnen und AktivistInnen der ötv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv“ zusammengeschlossen. Ihr Ziel war eine programmatische und personelle Alternative zur ötv-Führung. Das ötv-Netzwerk hat ver.di als bürokratisches Projekt abgelehnt. Nach der ver.di-Gründung betrachten die Netzwerk-KollegInnen es als noch dringender eine innergewerkschaftliche Opposition aufzubauen. Wie dies unter den veränderten Bedingungen gemacht werden kann, soll beim nächsten bundesweiten Treffen des Netzwerkes diskutiert werden. Die SAV ruft alle kritischen ver.di-Mitglieder auf an diesem Treffen teilzunehmen. ■

Bundesweites Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv“

Am Samstag, den 9. Juni 2001 in Köln, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41, Nähe Bahnhof Deutz. Das Treffen beginnt um 10.30 Uhr und endet um 18.00 Uhr.

Die Tagesordnungspunkte:

1. Bilanz des ötv-Kongresses und ver.di-Gründungskongresses - wie weiter mit unserem Netzwerk?
2. Kampf gegen Privatisierung und Ausstieg aus dem BAT
3. Berichte aus Betrieben und Gliederungen
4. Internationale Proteste gegen EU-Gipfel in Göteborg und Brüssel sowie gegen G7-Gipfel in Genua
5. Organisatorisches

Weiter Infos über das Netzwerk:

www.freebox.com/netzwerk,

eMail: netzwerk_kdoetv@gmx.de

Steffi Nitschke, Tel. 0561/899764 oder

Alois Skrbina, Tel. 0201/2799210

Entlassungen bei VW Südafrika vor Oberstem Arbeitsgericht

Die Solidarität muss weitergehen



Wie berichtet hat VW in Südafrika vor über einem Jahr 1.300 KollegInnen entlassen. Hintergrund war eine innerbetriebliche Opposition gegen eine Standortvereinbarung, mit der die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert werden sollten. Die Löhne liegen ohnehin nur bei einem Drittel des deutschen Lohnniveaus. Bei den Schlichtungsverhandlungen entschied der Schlichter im Februar diesen Jahres, dass VW die Entlassenen wieder einstellen muss. Das verweigerte VW. Die Entlassenen gerieten dadurch in ungeheure Not. Im Januar erhielten sie mit 30 Mark die letzte Räte Arbeitslosengeld. 8.000 Kinder der entlassenen KollegInnen sind von Schulen und Unis ausgeschlossen, weil sie das Schulgeld dafür nicht mehr aufbringen können. Familien werden aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können.

Der VW Gesamtbetriebsrat Deutschland, der VW Weltbetriebsrat und die Führung der IG Metall stehen in dieser Auseinandersetzung auf Seiten des VW Managements. Trotzdem war es

möglich während eines Besuches von zwei Vertretern der Entlassenen im Februar diesen Jahres auch in Deutschland Solidarität zu organisieren. In mehreren Städten gab es Veranstaltungen, in einigen Orten Protestaktionen vor VW-Händlern.

Die SAV hat sich an diesen Soliaktionen beteiligt. Beim Sozialismus-Wochenende der SAV wurde eine Soliadresse verabschiedet und 313 Mark Spenden gesammelt. Wir rufen alle LeserInnen auf, die Solidaritätsarbeit zu intensivieren. Seit 19. April werden die Entlassungen vor dem Obersten Arbeitsgericht in Südafrika verhandelt.

Vorlagen für ein Flugblatt und weitere Infos gibt es im labournet unter: www.labournet.de/branchen/auto/vw/sa/vw-sa

Spenden an: Erhard Scholz, Konto 294147508, Postbank Köln 370 100 50
Protestbriefe an VW Wolfsburg:
Fax: 05361-9-21464
Soliadressen an Gewerkschaft OCGAWU in Südafrika: ocgawu@telkomsa.net



widerstand international!

Auf nach Göteborg, Genua und Bonn!

Jetzt aktiv werden!

Seattle, Washington, Melbourne... überall dort haben sich in den vergangenen Monaten Zehntausende von Protestierenden eingefunden, um international gegen die Politik des Establishments zu protestieren. Bislang habe ich diese neu entstehende antikapitalistische Bewegung zwar verfolgt und auch mitgefiebert – doch die USA oder Australien waren und sind einfach zu weit weg, als dass ich aktiver Bestandteil der Bewegung hätte sein können.

Doch in den nächsten Monaten wird vor unserer Haustür mobilisiert gegen die Gipfeltreffen der Ausbeuter dieser Welt in diesem Sommer in Göteborg und wenig später in Genua. Das bedeutet, ich werde dabei sein, wenn über 20.000 (so viele werden für Göteborg schon erwartet) oder über 100.000 (in Genua) DemonstrantInnen bei den unterschiedlichsten Aktionen deutlich machen, dass wir kein Interesse an der Politik für die Banken und Konzerne haben.

Tausend Gründe...

Es gibt unzählige Gründe, bei den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg, den G 7-Gipfel in Genua oder aber auch gegen den Weltklimagipfel in Bonn dabei zu sein. Schließlich sitzen dort die Clubs der Reichen und Mächtigen zusammen, um zu entscheiden, wie für die Konzerne die höchsten Profite erzielt werden können, wie Flüchtlinge an Grenzen abgewiesen werden, wie Europa und die Welt militarisiert werden kann.

...auf die Straße zu gehen!

Wollen wir etwas verändern, dann kann das nur durch den gemeinsamen Kampf geschehen. Es reicht nicht aus zu meckern oder sich zu Hause zu

freuen, dass anderswo die Post abgeht. Bislang habe ich als Aktivistin bei Jugend gegen Rassismus in Europa vorrangig gegen das Erstarken der Faschisten und gegen die rassistische Politik in diesem System Widerstand geleistet. Doch ich finde es sehr wichtig, dass auch Antworten auf die sozialen Fragen gegeben werden. Und es ist höchste Zeit, den Verursachern der Probleme direkt entgegen zu treten. Genau das auszudrücken und all' die Interessierten zu erreichen, ist Sinn der Kampagne Widerstand international!

Widerstand international!

Ich bin mir sicher, dass durch Widerstand international! viele kreative Ideen umgesetzt werden. So können wir zum Beispiel die Büros von Europa-Abgeordneten öffentlichkeitswirksam besetzen und damit deutlich unsere Wut gegen das Europa der Banken und Konzerne zum Ausdruck bringen.

Oder wir organisieren ein Straßentheater gegen Rassismus und Nationalismus, welches in Form einer gespielten Abschiebeaktion auf die „Festung Europa“ aufmerksam macht. Wir werden plakativ und Flugblattaktionen auf die Beine stellen, und die Kampagne in die Schulen, Berufsschulen und Hochschulen tragen. Natürlich sollten auch inhaltliche Auseinandersetzungen und Debatten nicht zu kurz kommen, denn eine Bewegung ohne klares Ziel und Programm wird sich verlaufen und nicht besonders schlagkräftig sein.

Der vorläufige Höhepunkt sind dann natürlich die Demos bei den Gipfeltreffen in Göteborg und Genua. Lust bekommen? Dann mach' mit bei Widerstand international! Am 16. Juni: Auf nach Göteborg! Am 21. Juli: Auf nach Genua!



Tommy Lindquist ist Mitglied von Rättvisepartiet Socialisterna (Schwesterpartei der SAV in Schweden) und einer der Initiatoren der Kampagne Revolte gegen die EU. Mit ihm sprach Kerstin Schumacher über den Stand der Vorbereitungen für die Proteste gegen den EU-Gipfel in Göteborg am 16. Juni

Wie ist die Stimmung in Schweden bisher gegenüber dem EU-Gipfel?

Die schwedische Regierung hoffte, dass durch das Treffen in Schweden die Bevölkerung von der EU nicht mehr so abgeneigt sein würde. Doch das Gegenteil ist eingetreten. 15 Prozent der Leute haben ihre Meinung geändert; 80 Prozent haben sich jetzt gegen die EU ausgesprochen.

Der Ericsson-Konzern hat die größten Entlassungsankündigungen gemacht (mehr als 10.000 Jobs sollen wegfallen), weil die Profite und die Aktienkurse gefallen sind. Daraufhin sind die Aktienkurse wieder um 10 Prozent gestiegen. Die Bevölkerung hat erkannt, dass die EU auf der Seite der Kapitalisten wie der Ericsson-Chefs steht.

Was ist bisher an Protesten gelaufen?

Am 9. Januar hatte die EU-Kommission ihr erstes Treffen in Schweden, woraufhin es die erste Protestaktion gab. Es sind aber auch schon eine Reihe von Demonstrationen gelaufen, beispielsweise in Lulea, Umea, Sundsvall und Örebro, wo Hunderte von Leuten kamen. Und eine Demonstration in Stockholm, wo am 24. März 3.000 Leute auf die Straße gegangen sind. Es kommen jetzt noch Demonstrationen in Södertåwa und Göteborg. Die Jugendkampagne Revolte gegen die EU spielte eine aktive Rolle bei den Aktionen, organisierte Schülerdemos und Lobbys vor den EU-Einrichtungen. Seitdem die Proteste gegen die EU laufen, konnten wir auch 30 Leute für unsere Partei gewinnen und bei den Kundgebungen in Stockholm drei Redner stellen.

Was wird in Göteborg passieren?

Es wird nicht nur den EU-Gipfel geben, auch der US-Präsident Bush wird kommen. Das wird das erste Mal sein, dass ein amerikanischer Präsident nach Schweden kommt. Somit wird es also Proteste gegen Bush und gegen die führenden Vertreter des Weltkapitals geben.

Vivien, 17 Jahre, Berlin:



Wir bauen die Kampagne Widerstand international! auf, um Jugendliche zu organisieren, gemeinsam nach Göteborg zu fahren und gegen den EU-Kapitalismus zu kämpfen, für eine lebenswerte Zukunft

Lion, 17 Jahre, Kassel:

Wir müssen in Göteborg und Genua massenhaft protestieren, um die festgefahrenen Verhältnisse zu beseitigen und dem Kapitalismus zu zeigen, dass Jugendliche und die kommenden Generationen es nicht hinnehmen werden, dass ihre Zukunft zerstört wird

Kerstin Schumacher, Rostock



Tinette, 20 Jahre, Stuttgart:

Wir mobilisieren nach Genua um deutlich zu machen, dass es keinen Ort auf der Welt gibt, wo Bush, Blair, Schröder und Co. weiter Angriffe, Sozialabbau und Profitwahnsinn planen können, ohne dass Jugendliche und Beschäftigte dagegen auf die Barrikaden gehen

Katie, 19 Jahre, Aachen:

Der einzige Weg, den Neoliberalismus und seine Auswirkungen zu bekämpfen, ist den Kapitalismus abzuschaffen!



Bush, Kyoto und die Klimakatastrophe

Nach uns die Sintflut?

Ende März kündigte US-Präsident Bush den Ausstieg der USA aus dem Klimaschutzabkommen von Kyoto an. Darin wurde 1997 beschlossen, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2008-12 gegenüber dem Stand von 1990 um durchschnittlich 5,2 Prozent weltweit zu senken. Jener Gase, die für den so genannten Treibhauseffekt verantwortlich sind.

Von Frank Zimmermann, Rostock

In seltener Offenheit sprach Bush davon, dass ihm die Entwicklung des Weltklimas und die dramatischen Folgen für die Menschheit ziemlich egal sind. Statt dessen seien die Profitinteressen der großen Konzerne durch das Abkommen bedroht! Bezeichnend für die Politik der neuen US-Regierung ist, dass sie parallel zu dieser Entscheidung bekanntgab, in einem Naturschutzgebiet auf Alaska der Ölindustrie zu ermöglichen, zusätzliches Öl zu fördern. Die EU Staaten, allen voran die Schröder-Regierung stellen sich jetzt als die großen Umweltschützer dar. Genau jene rot-grüne Regierung, die vor wenigen Wochen die Castor-Transporte durchgekuppelt hat. Jener Kanzler Schröder, der sich stolz "Autokanzler" nennen lässt. Genau jener Umweltminister Trittin, der eine Öko-steuer eingeführt hat, welche Nomalverdiener abockt und die großen Energieverschwender steuerlich entlastet. Jene Regierung, die im Umweltreport für das Jahr 2000 kleinlaut zugeben musste, dass der Kohlendioxid-Ausstoß in Deutschland erstmals seit 10 Jahren wieder angestiegen ist!

Im übrigen sind die Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland in den 90er Jahren kaum dank Klimaschutzmaßnahmen zurückgegangen, sondern nur im Zuge der Deindustrialisierung in der Ex-DDR; in Westdeutschland haben sich die Emissionen zum Beispiel zwischen 1990-95 sogar um 2 Prozent weiter erhöht.

Globales Treibhaus

Aber was bedeutet eigentlich dieser Treibhauseffekt? Dieser Effekt bedeutet nichts anderes, als die allmähliche Aufheizung der Erdatmosphäre, hervorgerufen insbesondere durch die Abgase von Industrie und Verkehr. Laut UN-Prognosen wird sich die Atmosphäre bis 2100 zwischen 1,5 und 5,8 Grad erwärmen. Sechs der zehn wärmsten Jahre waren laut Statistik allein im letzten Jahrzehnt. Der Meeresspiegel droht bis 2100 um 15-95 Zentimeter zu steigen und damit besteht auch die Gefahr von Sturmfluten. Überschwemmungen könnten die Küstenregionen unter Wasser setzen und wahre „Völkerwanderungen“ auslösen (bereits 1998 sprach die UN von 25 Millionen Umweltflüchtlingen weltweit). Dazu kommen noch verstärkte Niederschläge. In den Alpen zum Beispiel drohen die Gletscher zu schmelzen. Ihr Wasser würde dann in begradigte Flüsse wie den Rhein münden, wo immer noch in Ufermähe gebaut wird. Ein Vorgeschmack auf die Auswirkungen solcher Prozesse sind heute schon die sich beinahe jedes Jahr ereignenden so genannten Jahrhunderthochwasser.

Ex-koloniale Länder

Besonders die unterentwickelten Länder

werden auf der Verliererseite stehen. Ausgebeutet durch Konzerne wie Shell in Nigeria, das ohne Rücksicht auf Verluste im bevölkerungsreichsten Land Afrikas Öl fördert. Institutionen des internationalen Kapitals, etwa der IWF, verordnen diesen Staaten Kürzungs- und Privatisierungsprogramme, die zur Folge haben, dass die Möglichkeiten in Umweltschutz zu investieren immer geringer werden. Obwohl die "3. Welt" die geringste Wirtschaftskraft hat, ist sie dennoch Hauptleidtragende: 80 Prozent der Treibhausgase werden zwar von den führenden Industrienationen produziert. Die USA allein verursachen 25 Prozent der Kohlendioxid-Abgase. Aber die Totesopfer der Naturkatastrophen stammen zu 96 Prozent aus den Ländern der ex-kolonialen Welt. Austrocknung und damit Wüstenbildung schreiten jedes Jahr voran. Inzwischen sind weltweit 1,2 Milliarden Menschen durch Austrocknung in ihrer Existenz bedroht. Die Folgen von Wüstenbildung sind steigende Armut, knappe Nahrungsmittel, Krankheiten und „Umweltflüchlinge“.

Weltklimagipfel

Wenn Bush erklärt, dass sich die Marktwirtschaft strengere Umweltschutzaufgaben nicht leisten kann, dann entgegenen wir ihm, dass wir uns die Marktwirtschaft mit all ihren Folgen nicht länger leisten können. Der Weltklimagipfel in Bonn im Juli wird eine gute Möglichkeit sein, gegen Profitlogik und eine „Nach mir die Sintflut“-Politik Protest anzumelden und den Zusammenhang von kapitalistischem Konkurrenzkampf und Umwelterstörung aufzuzeigen.





Die Renault-Belegschaften taten sich im Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren europaweit besonders hervor. Im Sommer 1997 forderten sie auf den Straßen von Paris Arbeitszeitverkürzung unter der Losung: „Jospin hat Brot versprochen, aber gibt keins“

Totale Reisefreiheit für Tiere, aber ein Asylbewerber aus Potsdam darf nicht bis nach Berlin fahren – das ist die EU.

Widerstand gegen das Europa der Konzerne

In den letzten Jahren hat es zunehmenden Widerstand und Protest gegen das Europa der Herrschenden, gegen das Europa der Banken und Konzerne gegeben. Seit Mitte der 90er Jahre haben immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche angefangen sich gegen die Auswirkungen der sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien zur Wehr zu setzen. Neoliberale Politik wie Privatisierungen, Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeit, unsichere Beschäftigung, Massenentlassungen und massiver Sozialabbau wurde und wird nicht mehr widerstandslos hingenommen. Es gibt einige gute Beispiele für Kämpfe von ArbeiterInnen und Jugendlichen, die einen grenzübergreifenden und internationalen Charakter hatten beziehungsweise haben.

Den ersten europaweiten Streik haben Renault-Beschäftigte im März 1997 organisiert. Auf die Ankündigung der Konzernleitung, das Werk in Vilvoorde in Belgien zu schließen, reagierten die Renault-Belegschaften in Frankreich, Spanien, Portugal, Slowenien und Belgien mit einem eintägigen Streik. Eine Woche später nahmen 100.000 KollegInnen am „Marsch für Arbeit“ in Brüssel teil, mit internationalen Delegationen von allen anderen Standorten und aus Deutschland. Leider war die Gewerkschaftsspitze damals nicht bereit, den Kampf im Betrieb aufzubauen und weiter zu führen.

Ebenfalls im März 1997 demonstrierten 300.000 Menschen in Rom gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Zentraler Slogan der Demo war: „Wir sagen Nein zum Europa des Profits“. Die Euromärsche mobilisierten '97 und '99 zehntausende ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die EU-Gipfel in Amsterdam und Köln.

Die Welle internationaler Proteste ist seitdem nicht abgerissen: ob in Seattle, Washington, Melbourne, Prag oder Nizza, überall sind hunderttausende Ar-

beiterInnen und Jugendliche gegen die Institutionen des globalen Kapitalismus wie Weltbank, IWF oder gegen EU-Gipfel auf die Straße gegangen. In Nizza demonstrierten Ende letzten Jahres 100.000 Menschen, zum großen Teil französische Gewerkschafter, gegen den EU-Gipfel.

„Keinesfalls darf die Sozialpolitik im europäischen Maßstab zum Ausfallbürgen für unzulängliche Reformbemühungen der einzelnen Länder werden. Wir brauchen eine auf Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit basierende Stabilitätsunion, nicht jedoch eine Transferunion mit immer umfangreicheren zwischenstaatlichen Umverteilungsmechanismen.“

Dieter Hundt, der damalige Präsident des Arbeitgeberverbandes, im Handelsblatt vom 31.12.96

Rolle der Gewerkschaften

Wenn der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit seinen 59 Millionen Mitgliedern alle europaweiten Proteste, Streiks und Demonstrationen unterstützt und seine Mitglieder mobilisiert hätte, wäre es möglich gewesen die Bewegung gegen die EU auf eine breitere Basis zu stellen und internationale betriebliche Kämpfe erfolgreicher zu führen. Die Führung des EGB hat daran jedoch kein Interesse und versucht mit allen Mitteln die Proteste abzuwürgen und zu bremsen. Neu entstandene oppositionelle Strömungen in den Gewerkschaften wie zum Beispiel die Gewerkschaftslinken in Deutschland müssen den Aufbau eines europaweiten Netzwerks von linken GewerkschaftsaktivistInnen vorantreiben, um in Zukunft europaweite Aktionstage und Streiks effektiv organisieren zu können. Ein eintägiger europaweiter Generalstreik gegen die jetzige EU und für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen könnte ein möglicher erster Schritt sein, um den Herrschenden etwas entgegenzusetzen.

Für ein Europa der ArbeiterInnen

Die internationalen Proteste haben indirekt und zunehmend direkt einen antikapitalistischen

Charakter. „Die stärkste Idee von ArbeiterInnen ist Internationalismus. Den Internationalismus zu entwickeln bedeutet den Bruch mit der rassistischen und chauvinistischen „Festung Europa“. Europa (die EU) ist eine kapitalistische Schöpfung, um ihre Interessen gegen die ameri-

kanischen und japanischen Bosse zu verteidigen. Das ist kein soziales Europa, weil es zur Ausbeutung der Arbeiter und der Dritten Welt entwickelt ist. Der richtige Name für Europa ist gegenwärtig „Europa des Kapitals“ (Erklärung der Bewegung für eine Gewerkschaftsrenewierung in Belgien, Oktober 1997).

Was aber fehlt ist das Aufzeigen einer Alternative zum Kapitalismus. Es ist nötig, die Bewegung mit einem sozialistischen Programm zu bewaffnen, um Kämpfe erfolgreich führen zu können.

Die SAV und das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) fordern:

- Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne: gegen Deregulierung, Flexibilisierung, und Sozialabbau
- Gegen Privatisierung – Wiederverstaatlichung der privatisierten Betriebe
- Massive öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und öffentlichem Verkehr
- Kampf der Arbeitslosigkeit: für massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Nein zum Euro, Nein zu den Maastricht-Kriterien
- Nein zu Nationalismus und Rassismus, gegen das Schengen-Abkommen und gegen eine „Festung Europa“: für ein uneingeschränktes Asyl-

recht und ein Bleiberecht für die in Europa lebenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge, gegen rassistische Gesetze

- Nein zu Aufrüstung und „EU-Armee“
- Für internationale Solidarität und europaweiten Widerstand von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen
- Weg mit dem Wahnsinn der Marktwirtschaft. Demokratische Planung der Wirtschaft für die arbeitenden Menschen und nicht für die Profite der Reichen – Überführung Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – Für eine freiwillige, demokratische Föderation sozialistischer Staaten von Europa.

Bei den kommenden Protesten gegen die EU-Gipfel in Göteborg im Juni und in Brüssel im Dezember müssten diese Forderungen die „Konvergenzkriterien“ der ArbeiterInnen und Jugendlichen sein.

Für ein demokratisches sozialistisches Europa

Unsere Alternative zum Europa der Banken und Konzerne und zum Euro ist der Kampf für eine freiwillige, demokratische Föderation sozialistischer Staaten von Europa. Die Banken und Konzerne, die über unsere Zukunft und unser Leben bestimmen, müssen enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch gewählte VertreterInnen der Arbeiterklasse und keine überbezahlten und korrupten Manager in Wirtschaft und Verwaltung.

Ein demokratisch entwickelter, sozialistischer Produktionsplan auf nationaler und internationaler Grundlage wird es ermöglichen, die Gesellschaft in Harmonie mit Natur und Umwelt zu entwickeln. Zum ersten Mal wird der von so vielen produzierte, aber von so wenigen kontrollierte Reichtum auf demokratische Weise und gemäß den Bedürfnissen der großen Mehrheit verteilt. Das wird der erste Schritt zu einer sozialistischen Vereinigung Europas innerhalb einer sozialistischen Welt sein.

Eine Währung für konkurrierende Staaten?

Alle bisherigen Währungsunionen waren entweder das Ergebnis einer vorübergehenden staatlichen Einigung (beispielsweise wurden erst nach Gründung des Deutschen Reichs 1871 eine Zentralbank und eine einheitliche Währung geschaffen), oder aber die Währungsunionen sind gescheitert. Die bedeutendsten Beispiele sind die Lateinische Währungsunion von 1865 zwischen Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz und Griechenland und die Skandinavische Währungsunion von 1872 zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark. Beide scheiterten, als wirtschaftliche Krise und wachsender Konkurrenzkampf in den I. Weltkrieg mündeten. „Als fundamentale nationale ökonomische Interessen auf dem Spiel standen, ging jeder Staat ohne Absprache wieder zunehmend zu voller Kontrolle über die Währung über.“ So lautet das Restimee in einer geschichtlichen Betrachtung der Währungsunionen in Europa. Der Euro ist ein noch viel ehrgeizigeres Projekt als frühere Währungsunionen. Europa und der Welt stehen große wirtschaftliche Schocks und Krisen noch bevor. Die Frage lautet nicht ob der Euro scheitert, sondern wann er scheitert.

EU = Extrem Undemokratisch

Die europäischen Gesetze werden von einem Gremium beschlossen, das von niemandem gewählt wurde, hinter verschlossenen Türen tagt und niemandem rechenschaftspflichtig ist. In diesem Gremium, dem Rat der EU, darf beispielsweise Außenminister Fischer Gesetze mitbeschließen, wie es ihm beliebt, selbst wenn die Mehrheit des Bundestags das Gegenteil entschieden hätte. Die Minister dürfen sogar geheim halten, wie sie über ein europäisches Gesetz abgestimmt haben.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden zwar alle fünf Jahre gewählt – wobei Millionen ImmigrantInnen, die in der EU leben, das Wahlrecht vorenthalten wird – aber die Wählerinnen und Wähler können wählen wie und wen sie wollen, an der Politik und Gesetzgebung der EU ändert sich deshalb noch lange nichts. Die entscheidenden Gremien, die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Rat der EU, können vom Europäischen Parlament weder abgewählt noch in ihrer Zusammensetzung verändert werden. Im Europäischen Parlament darf geredet, aber nicht entschieden werden.

EUROPÄISCHER RAT

Der Europäische Rat ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, in den Medien kurz „Gipfeltreffen“ genannt.

Obwohl nicht einmal formal ein „Organ“ der EU, bestimmt diese Versammlung die entscheidenden Fragen der europäischen Politik.

EU-MINISTERRAT

Der Rat der EU ist das wichtigste gesetzgebende Organ der EU. Der Rat besteht aus den jeweiligen Ministern der EU-Mitgliedsländer. Der allgemeine Rat besteht aus den Außenministern, wenn es um das Thema Verkehrspolitik geht, treffen sich die Verkehrsminister usw. Der Rat beschließt die europäischen Gesetze in Form von Richtlinien und Verordnungen, er hat grundsätzlich das letzte Wort.

EU-KOMMISSION

Die Europäische Kommission ist das ausführende Organ der EU. Sie hat das alleinige Vorschlagsrecht für Gesetzentwürfe. Sie kann mit Verordnungen geltendes Recht setzen. Die Europäische Kommission soll ferner über die Einhaltung der Verträge und der Gesetze wachen, und sie verwaltet den Großteil des Haushalts der EU.

Die Mitglieder der Kommission sind ausdrücklich an keinerlei Weisungen gebunden.

EUROPA-PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat kaum Befugnisse. Es kann keine Gesetze vorlegen oder verabschieden. Es kann bis auf einige Ausnahmen nicht einmal Gesetze des Rates der EU stoppen. Der Haushalt der EU kann nur zu einem kleinen Teil und in engen Grenzen vom Parlament bestimmt werden. In der Hauptsache hat auch hier der Rat der EU das letzte Wort.



Selby in Yorkshire, 28. Februar 01: Beim Zugunglück kamen mehr als ein Dutzend Menschen ums Leben – eine Folge der Sparmaßnahmen im Zuge der britischen Bahnprivatisierung

in sozialistisches Europa der ArbeiterInnen und der Jugend!

Die Türkei am Rande des Kollaps

„IWF – hau ab!“

Nahezu unbeachtet von den deutschen Medien schliddert die türkische Wirtschaft seit Februar immer tiefer in die Krise. 500.000 Arbeitsplätze wurden vernichtet, viele Gewerbetreibende und Kleinunternehmer fürchten um ihre Existenz. Der Außenwert der türkischen Lira befindet sich im freien Fall. Millionen rutschen in die Armut. Mitte April haben ArbeiterInnen und kleine Selbständige mit Demonstrationen auf die Krise reagiert. Im ganzen Land wird diskutiert, ob das Militär putzen wird.

Von Claus Ludwig, Köln

10 Millionen (bei einer Bevölkerungszahl von ungefähr 60 Millionen) leben offiziell unter der Armutsgrenze. In den letzten Jahren hat das Land ein Wechselbad von kleinen Aufschwüngen und Teilabstürzen hinter sich. Viele ArbeiterInnen und Bauern hatten nichts von den Aufschwüngen und mussten Reallohnverluste hinnehmen. Der Anstieg der Inflation und die schwere Krise haben jetzt dazu geführt, dass auch die Schichten, die einen bescheidenen Wohlstand erreichen oder zumindest erhoffen konnten, in den Strudel der Armut hineingerissen wurden.

Es waren daher zuerst die in der Türkei zahlreichen kleinen Händler, Handwerker und Dienstleister, die massenhaft auf die Straße gingen und sich Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten. Viele von ihnen sind durch die hohen Zinsen und die Verteuerung von Importwaren, die sich nicht mehr verkaufen lassen, vom sofortigen Ruin bedroht.

Wer im letzten Jahr die Türkei besucht hat, wird bemerkt haben,

dass die Preise für Importwaren, Benzin und Fleisch das bundesdeutsche Niveau längst überschritten hatten. Durchschnittliche ArbeiterInnen verdienen jedoch nur umgerechnet 400 bis 1000 Mark monatlich. Zusätzlich werden die bisher relativ günstigen Grundnahrungsmittel wie Gemüse und Brot teurer. Eine Parole der Demonstrationen war daher: „Wir haben Hunger!“. Konsumentenkredite sind kaum noch zu bekommen, ein Überziehen des Kontos, bisher gängiges Mittel um etwas Wohlstand zu ergattern, ist nicht mehr möglich.

Ausgelöst wurde die jüngste Krise durch den Vorwurf des Staatspräsidenten Sezer an Regierungschef Ecevit, dieser würde nichts gegen die Korruption unternehmen. Der Hintergrund ist jedoch die Unfähigkeit der herrschenden Klasse der Türkei und des internationalen Kapitals, die chronisch kranke Wirtschaft aufzupapeln. Bisher hatte man sich mit IWF-Krediten und Kürzungsprogrammen bei Laune gehalten. Der Beinahe-Zusammenbruch des Bankensystems im letzten Herbst war jedoch ein deutliches Zeichen für die kommenden Ereignisse. Der beginnende wirtschaftliche Abschwung in den USA hat schließlich den türkischen Kapitalbesitzern und den ausländischen Investoren die Hoffnung genommen, die Türkei würde von außen aus dem Sumpf gezogen werden.

Die Türkei ist anders als Teile Asiens und Afrikas nicht faktisch von der Weltwirtschaft ausgeschlossen, sondern ist „dabei“. Aber sie ist eins der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette, ist im internationalen Maßstab nicht konkurrenzfähig und be-

kommt daher den Abschwung mit als erste zu spüren.

Kommt es zum Putsch?

Die Türkei braucht jetzt ungefähr 12 Milliarden Dollar Soforthilfe vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Der herrschenden Klasse, ihren Politikern und Militärs wird somit vor Augen geführt, dass sie trotz aller Großmacht-Phantasien von den westlichen Banken und Konzernen abhängig sind.

Will das Militär den Putsch forcieren? Die Strippen der Macht hat es längst in der Hand. Wenn die akute Krise überstanden werden kann ohne dass die Panzerrollen, wird es die Generäle freuen, bleibt so doch der Militärputsch als ein Mittel im Arsenal der herrschenden Klasse für Zeiten, in denen es absolut nicht mehr anders geht.

Es scheint so, als ob die Militärs den Politikern noch eine Chance geben. Um die IWF-Kredite zu bekommen, hat Wirtschaftsminister Dervis ein Kürzungsprogramm aufgelegt. Dieses beinhaltet einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst und Reallohnverluste für alle Beschäftigten. Weitere Preiserhöhungen werden kommen, Arbeitsplätze abgebaut. Ob das Militär putscht oder in Wartestellung bleibt, wird davon abhängen, ob dieses Programm auf Kosten der Massen gegen diese durchgesetzt werden kann. Über eine Basis im Volk verfügen die Politiker kaum. Eine Umfrage ergab, dass keine Partei zur Zeit die Zehn-Prozent-Hürde überspringen würde, das gesamte Parlament bliebe bei Neuwahlen leer. Nach Berichten türkischer Journalisten haben die Generäle vorgeschlagen, den in Misskredit geratenen Ecevit in Rente zu schicken und eine „überparteiliche“ Regierung der Technokraten zu bilden, um einen Neuanfang zu machen. Ob es die Regierung Ecevit oder ein Technokraten-Kabinetts schafft, die Kürzungen durchzusetzen und eine vorübergehende Stabilisierung zu erreichen, hängt nicht zuletzt vom Widerstand der arbeitenden Menschen ab.

Arbeiterbewegung

Seit Monaten demonstrieren die ArbeiterInnen, aber die Gewerkschaftsführer halten die Proteste zurück oder lassen sie vereinzelt anstatt sie nach vorne zu treiben und zusammenzuführen. Am 14. April gelang es 40.000 Gewerk-



„IWF hau ab, dies ist unser Land“
Seit dem März demonstrieren ArbeiterInnen und kleine Selbständige gegen Inflation und Massenarmut. Hier fordern GewerkschafterInnen einen Generalstreik gegen die Kürzungsprogramme des IWF

schafterInnen in Istanbul trotz eines Demonstrationsverbotes der Polizei zu demonstrieren. Die Gewerkschaftsführungen hatten wenig für die Mobilisierung zu dieser Aktion getan, die Initiative war von Basisaktivisten ausgegangen. „Man könne sich gegen das Programm (...) nicht wehren (...), meinte Bayram Meral, der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is“ (Handelsblatt vom 18.4.01).

Die Beschäftigten haben schon lange die Nase voll. Jetzt ist auch die Wut unter den Mittelschichten groß. Doch wenn die Arbeiterbewegung nicht die Führung des Widerstandes übernimmt und mit Streikaktionen den Weg nach vorne weist, wird deren Protest hilflos verpuffen oder in reaktionäre Fahrwasser geraten. Die islamistische FP und vor allem die faschistischen Parteien MHP und BDP sind unter den kleinen Gewerbetreibenden traditionell am stärksten und haben auch teilweise die Proteste angeführt. Die MHP muss zwar einen gewaltigen Spagat machen, gleichzeitig in der Regierung zu sitzen und dagegen zu demonstrieren, doch wenn es keine Alternativen von links gibt wird auch sie weiter eine Rolle spielen können.

Die Aktionen der Mittelschichten könnten, wenn die Arbeiterbewegung nicht in die Offensive geht, zum Beispiel genutzt werden, um Krawalle zu provozieren und daraufhin das ohnehin löchrige Streik- und Demonstrationsrecht einzuschränken oder gar einen Putsch zu rechtfertigen.

An dem Ruf der Demonstrationen „IWF hau ab – dies ist unser Land“ kann von der Linken angeknüpft werden. Doch dieser Ruf kann auch von den Rechten kommen. Die Linke muss deutlich machen, dass ein Kampf gegen den

IWF nötig ist, dass dies aber mit dem Kampf gegen die eigenen herrschende Klasse verbunden werden muss. Während eine klassenkämpferische Alternative dringend nötig ist, sind die legalen linken Parteien ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) und die überwiegend kurdische HADEP (Demokratiapartei des Volkes) weiter Richtung Sozialdemokratie, Richtung Anpassung an den Kapitalismus gegangen. Sie wenden sich zwar gegen die Kürzungen, bieten aber keine sozialistische Alternative an, sondern suchen den Schulterchluss mit der CHP (Republikanische Volkspartei), der längst im Niedergang befindlichen Sozialdemokratie der Türkei. ÖDP- und HADEP-Vertreter in den Gewerkschaften spielen auch eine Rolle dabei, den Widerstand zu bremsen. Die arbeitenden Menschen müssen nicht nur gegen die Pläne des internationalen Kapitals und der türkischen Kapitalisten kämpfen, sondern auch die Blockade der eigenen Gewerkschaftsführer über-

winden. Das ist keine einfache Aufgabe. Allerdings ist die Wut der Massen groß, sie sind gezwungen zu kämpfen. Auch wenn es jetzt nicht gelingen sollte, das IWF-Kürzungsprogramm zu verhindern, so können doch die AktivistInnen Lehren ziehen und sich darauf vorbereiten, eine neue Arbeiterpartei und eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Die Türkei bleibt weiterhin der vielzitierte „kranke Mann am Bosphorus“. Auf kapitalistischer Grundlage sind alle Träume vom „Anschluss an Europa“, vom „Wohlstand“ und „Moderne“ ausgeträumt. Die Türkei ist anfällig für alle Krisen des globalen Kapitalismus und addiert ihre hausgemachten Probleme – die Korruption und Unfähigkeit der herrschenden Klasse und ihres Staates und die Rückständigkeit der Wirtschaft – dazu. Es liegt bei der Arbeiterklasse, eine starke Bewegung aufzubauen, dieses bankrotte System zu beerdigen. ■

Über 40 Tote in den Gefängnissen

Als im Dezember Polizei und Armee die Gefängnisse stürmten, ermordeten sie 30 hungerstreikende linke Gefangene. Der Rest der Gefangenen wurde in neue Isolationszellen gebracht. Doch der Hungerstreik dauert an. Bis Mitte April hatten sich 12 weitere Gefangene zu Tode gehungert. Dieses Schicksal kann noch mehreren Dutzend Angehörigen linker Organisationen drohen. Der Staat sitzt diese Situation zynisch aus und überzieht Menschenrechts- und Angehörigen-Gruppen mit verschärfter Unterdrückung.

Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise ist das Todesfasten endgültig aus den Schlagzeilen verschwunden. Die meisten Menschen können keine Verbindung zwischen dem Kampf in den Gefängnissen und ihrer eigenen Situation sehen. Noch schärfer als zuvor stellt sich daher die Frage, ob das Todesfasten eine Strategie ist, die dem Staat irgendwie schaden kann. Die Linke wird jetzt gebraucht, auf der Straße, in den Betrieben und Universitäten. Die Situation in den Isolationszellen ist ohne Zweifel sehr schlimm, Widerstand ist notwendig. Aber noch mehr Gefangene, die unbeachtet von den arbeitenden Menschen sterben, sind kein Schritt nach vorne. ■



Die Wut kocht über:
in der mittelanatolischen Stadt Kayseri, die sehr konservativ ist und in der die faschistische Regierungspartei MHP eine große Anhängerschaft hat, kam es Mitte April zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Gewerbetreibenden

Serie zur Europäischen Union (EU): Teil 2

Privatisierungen: Der große Diebstahl

Im Juni werden sich die Regierungschefs der EU in Göteborg treffen, um unter anderem den Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen voranzutreiben.

Bereits zwischen 1990 und 1997 wurde in der EU öffentliches Eigentum im Wert von 365,4 Milliarden Mark verkauft. Die Versprechen bei Privatisierung und Liberalisierung sind immer die gleichen: besserer Service, billiger, effizienter. Die Auswirkungen sind immer katastrophal: Massenentlassungen, Einsparungen und Konkurrenzkampf auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Von Katja Raetz, Berlin

In Deutschland wurde schon unter der Kohl-Regierung die Privatisierungswelle eingeleitet – siehe Staatsbetriebe wie Post, Telekom, Bahn. In Göteborg soll jetzt der Weg für weitere Privatisierungen und Liberalisierungsschritte frei-

gemacht werden. Liberalisierung bedeutet, dass das Monopol der kommunalen Betriebe aufgebrochen wird und die Betriebe untereinander in Wettbewerb treten.

Rot-Grün als Vorreiter

Während Deutschland, was die Öffnung der Märkte angeht, in den letzten Jahren hinterherhinkte, soll das unter Rot-Grün nun schnellstmöglich nachgeholt werden. Für den EU-Gipfel in Stockholm im März wurde ein Papier mit dem schönen Titel „Für eine innovatives Europa – Wachstumspotenzial und sozialen Zusammenhalt stärken“ vorgestellt. Konkret geht es darin um die Liberalisierung der Post bis 2003 und die Umsetzung des freien Gas- und Strommarkts bis 2004. Was man nicht finden kann, sind Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, was übrigens auch für die anderen EU-Länder gilt. Apropos Öffnung des Strommarkts: In Kalifornien hat das zu völligem Chaos geführt.

Da im Konkurrenzkampf ein Energiekonzern den anderen aufgekauft hatte, dadurch aber in finanzielle Engpässe geriet, kam es mehrmals zu Stromausfällen im Großteil des Landes. Das Ende vom Lied sind jetzt Preiserhöhungen.

Privatisierung ist Diebstahl

Letztendlich laufen Privatisierungen immer identisch ab. Betriebe werden auf Staatskosten saniert und dann an Konzerne verkauft. Als erstes werden Stellen abgebaut und Leute entlassen, um den Gewinn zu erhöhen. Die Kosten für Arbeitslosigkeit trägt natürlich der Staat. Zu Beginn der 90er Jahre war in den skandinavischen Ländern der Staat gezwungen, fast das gesamte Bankensystem zu übernehmen, das am Rande des Zusammenbruchs stand. Die Verluste wurden verstaatlicht und die Banken wieder verkauft, nachdem sie

mit Steuergeldern saniert worden waren.

Und auch unser Leben wird bedroht, wie man bei den jüngsten Zugunglücken in England (Paddington, Hatfield und Selby), gesehen hat. Durch Einsparungen im Personal und in deren Ausbildung, kürzeren Pausen etc., wurden auf Kosten von Menschenleben die Profite erhöht. In England und Wales ist die Regierung inzwischen gezwungen, wegen der großen Proteste die staatlichen Kontrollen wieder zu verbessern.

Widerstand

Im November 1998 folgten EisenbahnarbeiterInnen in acht EU-Ländern dem Aufruf für einen europäischen Streik gegen die Deregulierung und Privatisierung und legten den Bahnverkehr in halb Europa lahm. Das zeigt, was möglich ist, wenn die Gewerkschaftsführung unter Druck gesetzt wird, Aktionen zu organisieren. Leider

wurde der Kampf damals nicht weiter geführt. In vier Ländern kam es gar nicht erst zu Arbeitsniederlegungen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist bislang nur ein Papiertiger. Mit europaweiten Massenaktionen und Streiks wäre es möglich, gegen Privatisierung und für die Enteignung der großen privaten Unternehmen zu kämpfen. Allerdings

Beispiel Wasserprivatisierung

Die kommunalen Wasserwerke in Deutschland übertreffen heute noch deutlich die Qualitätsnormen der EU. Die Stadt München zum Beispiel lässt sich den heutigen Standard pro Jahr 1,6 Millionen Mark kosten, Geld, das nach der Privatisierung mit Sicherheit zum Großteil eingespart werden würde. Allein in Deutschland gibt es in diesem Sektor ein geschätztes Umsatzpotenzial von 40 Milliarden Mark im Jahr, mit dem Gewinn gemacht werden soll. In Britannien hat die Monopolisierung dramatisch zugenommen: von 3.500 Unternehmen sind zehn übriggeblieben. Diese Monopolisierung nutzt den Profitinteressen einiger weniger, die Preise und Qualität diktieren und die Gewinne einstreichen können, statt sie öffentlich zu investieren. In Britannien gab es nach der Liberalisierung der Wasserversorgung Preissteigerungen von mehr als 50 Prozent.

130. Jahrestag: Der erste Versuch einer sozialistischen Demokratie

Die Pariser Kommune

Vor 130 Jahren versuchte die Pariser Bevölkerung eine Gesellschaft aufzubauen, die unter der demokratischen Kontrolle von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, kleinen Handwerkern und einfachen Soldaten stand. Dieser Versuch wurde von der herrschenden Klasse blutig niedergeschlagen. Heute steht die Pariser Kommune als Beispiel für die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft.

Von Till Börner, Siegen

Nach der Niederlage von Louis Bonaparte, Napoleon III. bei Sedan im deutsch-französischen Krieg 1870, wurde das Kaiserreich am 4. September von den Massen in Paris gestürzt. Frankreich wurde wieder eine – bürgerliche – Republik. Zu dem Zeitpunkt versäumte es die Massenbewegung weiter zu gehen, und die Macht an sich zu reißen. In den nächsten vier Monaten wurde Paris von 150.000 preußischen Soldaten belagert. Der Unmut, der Hunger und die Krankheiten ließen die Unterdrückten und Ausgebeuteten in Paris auf die Straße gehen, um gegen die nach der Flucht Napoleons gebildete „demokratische“ Regierung zu protestieren. Denn diese neue Regierung handelte im Interesse der Reichen und sich selbst. Sie schafften sich Unmengen von Geld beiseite, während die Bevölkerung unter bitterster Armut litt und 50 Prozent sogar Hungern leiden mussten. Das komplette Versorgungssystem war zerstört und die Wirtschaft war am Boden. Über 1.000 Menschen starben jede Woche an Lungenentzündung oder anderen Krankheiten.

Der deutsch-französische Krieg hatte vor dem Hintergrund einer rasanten kapitalistischen Entwicklung Frankreichs stattgefunden. In den Jahren vor dem Krieg expandierte das Eisenbahnnetz zum Beispiel von 3.685 auf 17.924 Kilometer. Infrastruktur, Post, Telegraphennetz oder Werften wurden in atemberaubend kurzer Zeit aufgebaut. Bereits zwischen 1830-48 wurde die Kohlenförderung von 1,8 auf 4,2 Millionen Tonnen gesteigert, die Eisenproduktion von 148.000 auf 362.000 Tonnen. 1860 zählte Paris 416.000 Lohnabhängige, die 14-16 Stunden für Hungerlöhne schuften mussten. Die Industrialisierung ging Hand in Hand mit verschärfter Ausbeutung auf der einen und exzessiver Verschwendung der Herrschenden auf der anderen Seite.

Aufstand

Die ArbeiterInnen bildeten in jener Phase so genannte „rote Clubs“ und es entstand eine riesige Auswahl an revolutionären



Bei der Niederschlagung der Kommune in der berühmten Blutwoche kamen 30.000 ArbeiterInnen um. Bis zuletzt hatten sie die demokratischste Gesellschaftsordnung, die die Welt bis dahin gesehen hatte, wie hier in der Rue des Flandres verteidigt

Zeitungen. Der Hass auf die Regierung wurde immer größer, man wollte die Sache selbst in die Hand nehmen. Dann, am 18. März 1871 übernahm die arbeitende Bevölkerung die Macht. Besonders ist es den Frauen zu verdanken, dass die alte Nationalgarde ihre Waffen niederlegte und sich zum Teil sogar der Bewegung anschloss, da die Soldaten nicht wagten auf Frauen zu schießen. Das Zentralkomitee der neuen Nationalgarde übernahm die Macht und begann in den darauf folgenden 72 Tagen, Paris neu zu strukturieren und aufzubauen. Bei den Wahlen hatte jeder Arbeiter Stimmrecht und die Delegierten standen unter direkter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung und konnten jederzeit abgewählt werden.

Im Rat der Kommune gab es folgende soziale Zusammensetzung: 25 Arbeiter, 7 Angestellte, 30 Angehörige der Intelligenz, 3 Offiziere, 7 unbekannte Berufe (GLASN-OST- Archiv, Marlis Meergens/ Eberhard Noll, Die 72 Tage der Pariser Kommune).

Arbeiterdemokratie

Fabriken wurden verstaatlicht und unter die Kontrolle von Arbeitergenossenschaften gestellt. Diese Arbeiterräte waren demokratischer und sozialer, als alles was man bis dahin kannte. Jeder konnte seine Ideen und Wünsche einbringen und wenn jemand seinem Posten nicht gerecht wurde, konnte er jederzeit abgesetzt werden. Das stehende Heer wurde sofort abgeschafft und durch Arbeitermilizen ersetzt. Bildung

wurde zum Allgemeintum erklärt und es wurde sogar versucht Schulen aufzubauen, in der Kinder eine umfassende Bildung erhalten sollten. Dies war ein ungeheurer Fortschritt, da Bildung in dieser Zeit nur den Reichen und Adligen vorbehalten war. Es gab weder Gendarmen noch Richter, da jeder auf die Sicherheit der anderen achtete. Um ihren Internationalismus zu demonstrieren, verkündeten die Kommunarden in ihrer ersten Deklaration, dass ihre Fahne die Fahne der Weltrepublik wäre.

Die Gleichberechtigung der Frau machte Fortschritte, in verschiedenen Bereichen waren sie stark vertreten und oft engagierter als ihre männlichen Mitstreiter. Prostitution wurde verboten. Sie waren maßgeblich an dem Aufbau der Pariser Kommune beteiligt. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bekam den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit, mindestens aber mindestens 6.000 Francs im Jahr. Die Arbeit wurde mit einem ungeheuren Elan angegangen und ausgeführt, so dass innerhalb kurzer Zeit sehr viel produziert und erreicht werden konnte.

Konterrevolution

Obwohl das deutsche Militär gerade noch Krieg gegen Frankreich geführt hatte, griffen sie sofort der herrschenden Klasse Frankreichs unter die Arme, ließen Kriegsgefangene frei und bewaffneten die Reaktion, weil sie in der Pariser Kommune eine unmittelbare Bedrohung für die herrschenden Klassen international sahen.

Am 28. Mai begannen französische und deutsche Truppen mit dem Sturm auf Paris. In der darauffolgenden Woche („Blutwoche“) wurden über 30.000 Kinder, Frauen und Männer getötet. Die Armee der Kapitalisten nahm keine Rücksicht und veranstaltete ein Massaker. Auch bei diesen Schlachten kämpften Frauen unermüdlich mit und bezahlten dafür mit ihrem Leben. Dazu sagte eine der Führerinnen: „Ich gehöre vollständig zur sozialen Revolution. Wenn heute jedes Herz, das für die Freiheit schlägt, nur noch das Recht auf einen Klumpen Blei hat, dann verlange ich meinen Anteil. Töten Sie mich! Wenn Sie mich am Leben lassen, werde ich

nicht damit aufhören, nach Rache zu schreien und die Mörder anzuprangern.“

Lehren der Kommune

Die Pariser Kommune war, obwohl sie der Bourgeoisie nicht standgehalten hat, ein großer Schritt nach vorne im Klassenkampf aller ArbeiterInnen. Sie hat deutlich gemacht, dass es möglich ist eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen und vor allem, dass sie funktioniert. Doch die Fehler und Probleme der Kommune waren weit aus wichtiger. Aus ihnen zog Marx viele wichtige Schlussfolgerungen, die ihn sogar dazu veranlassten, das Kommunistische Manifest an einer Stelle zu revidieren. Die Thesen über eine Staatsform der ArbeiterInnenklasse, die Marx und Engels sich bis dahin nur theoretisch ausgemalt hatten, wurden nun erstmals praktisch angewendet. Die Hauptlehre von Marx war, dass man den alten, bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann und sollte, sondern ihn zerschlagen und zerbrechen muss. Dies hatte die Pariser Kommune nicht konsequent getan und deshalb konnte die Bourgeoisie zurückschlagen und eine erfolgreiche Konterrevolution durchführen.

Tragischerweise versäumte es die Pariser Kommune auch, rechtzeitig nach Versailles zu marschieren, wohin die Herrschenden geflüchtet waren. Während die Kommune viel Zeit mit der Durchführung demokratischer Wahlen verlor, organisierten sich die Kräfte der Reaktion in Versailles und konnten den Gegenschlag vorbereiten.

Eine weitere wichtige Lehre bestand in der Tatsache, dass eine sozialistische Demokratie nicht alleine und umgeben von kapitalistischen Staaten standhalten kann (was sich nach 1917 in Russland wieder bestätigte). Deshalb ist es um so wichtiger, eine sozialistische Revolution international durchzuführen und sich nicht auf ein Land oder auf wenige Länder zu beschränken.

Schwächen und Fehler der Kommune

Was der Pariser Kommune fehlte war eine revolutionäre Arbeiterpartei, welche die Aufstände hätte anführen können und mit einem festen Programm den neuen Arbeiterstaat aufgebaut hätte. Oft fehlte jegliche Organisation, so zum Beispiel in der Nationalgarde. Sie besaß 1.740 Kanonen und zugehörige Munition, wovon allerdings nur 320 eingesetzt wurden, der Rest ging durch Sabotage oder Vergeudung verloren. Auf einer Sitzung der Kommune am 6. Mai wurde festgestellt: „Wir haben viele Kanonen, viel Munition, viele Artilleristen; was fehlt ist eine gute Organisation.“

Die ArbeiterInnen erreichten zwar einige Fortschritte und Erfolge, doch ihnen fehlte eine starke politische sowie militärische Kraft, um sich gegen die Konterrevolutionäre zur Wehr zu setzen. Auch die Verstaatlichung von Frankreichs Nationalbank wurde von der Kommune versäumt. Eine der schwierigsten Aufgaben war die Nahrungsbeschaffung, da Paris seit mehreren Monaten von deutschen und französischen Kapitalisten belagert wurde. Die Isolierung führte letzten Endes zur Niederlage der Kommune.

Trotz alledem war die Pariser Kommune „ein in der Geschichte noch nie da gewesenes Ereignis. Bis dahin hatte die Macht gewöhnlich in den Händen der Gutsbesitzer und Kapitalisten gelegen, das heißt in den Händen ihrer Vertrauensleute, die die so genannte Regierung bildeten. Nach der Revolution des 18. März aber, als die Regierung des Herrn Thiers mit ihren Truppen, ihrer Polizei und ihren Beamten aus Paris geflüchtet war, blieb das Volk Herr der Lage, und die Macht ging an das Proletariat über“ (Lenin, Dem Andenken der Kommune, 1911). ■

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbsttendend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse... Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, musste der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst... Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen.“

Karl Marx, Bürgerkrieg in Frankreich

Israel/Palästina

„Ein regionaler Krieg ist jederzeit möglich“

Ariel Gottlieb ist Mitglied von Maavak Sozialisti, der Gruppe des CWI in Israel. Mit ihm sprach Antje Zander.

Wie ist die aktuelle Situation in Israel?

Eigentlich gibt es keinen großen Unterschied zwischen der Regierung unter dem alten Ministerpräsidenten Barak und der neuen Regierung unter Scharon. Beides sind bürgerliche Regierungen, die die Interessen der Unternehmer vertreten. Allerdings ist Scharon bei den PalästinenserInnen und auch bei den Menschen in den arabischen Staaten besonders verhasst, da er sich unter anderem für Massaker in palästinensischen Flüchtlingslagern verantwortlich zeichnet. Dieser Hass ist ein Grund für den Anstieg der neuen Intifada. Auf der anderen Seite ist Scharon dem Druck reaktionärer Kräfte ausgesetzt und stärkt die teilweise verbreitete Angst unter jüdischen ArbeiterInnen vor einer Ausweitung der Intifada. Denn viele begreifen die Intifada nicht als berechtigten Kampf der palästinensischen ArbeiterInnen

und Jugendlichen für ihre Freiheit, sondern als eine Sicherheitsgefahr. Verstärkt wurden diese Ängste durch die bedauerliche Zunahme verzweifelter terroristischer Handlungen in den letzten Wochen.

Seit September letzten Jahres sind mehr als 400 Menschen in den Auseinandersetzungen umgekommen. Die Opfer waren mehrheitlich PalästinenserInnen, aber auch 72 Israelis.

Das korrupte und undemokratische Regime von Arafat in den Autonomiegebieten hat allerdings auch weniger Rückhalt denn je. Die Hälfte der Erwerbsfähigen hat keinen Job mehr, 1,3 Millionen leben unter der Armutsgrenze von fünf Mark am Tag. Die aufgeblähte Palästinensische Autonomiebehörde frisst 60 Prozent des Haushaltbudgets.

Könnte es zu einem neuen Krieg kommen?

In den letzten Wochen haben wir noch einmal einen Anstieg der Repressionen gegen PalästinenserInnen gesehen, vor allem im Gaza durch Bombardements der israeli-

schen Armee. Eine Reihe von palästinensischen Siedlungen sind durch israelische Truppen nahezu abgeriegelt worden. Dazu hat das israelische Militär Angriffe auf syrische Radaranlagen durchgeführt. Ein regionaler Krieg ist jederzeit möglich.

In der arabischen Welt ist die antiimperialistische Stimmung stark angestiegen. Vor dem Hintergrund von Rezession und IWF-Auflagen könnten die arabische Regierung den Konflikt mit Israel suchen, um von den eigenen Problemen abzulenken.

Gibt es Widerstand gegen diese Politik der israelischen Regierung?

Unter den israelischen ArbeiterInnen herrscht viel Verwirrung. Die Stimmung ist nicht gut, denn die meisten sehen keinen Ausweg, wissen nicht, wie ein dauerhafter Frieden geschaffen werden kann. Die Wirtschaftskrise führte zum Absinken des Lebensstandards von großen Teilen der Arbeiterklasse. Vor allem Jugendliche sind betroffen. Nach dem mehrjährigen Militärdienst haben immer weniger eine Chance, einen Job zu finden.

Was ist das Programm von israelischen SozialistInnen und welche Aktivitäten unternimmt ihr?

Es wird keinen dauerhaften Frieden in dieser Region auf der Grundlage des Kapitalismus geben. Genauso wenig wie die Armut und Arbeitslosigkeit unter palästinensischen und israelischen ArbeiterInnen und Jugendlichen beseitigt werden wird.

Unsere Alternative ist der gemeinsame Kampf, Arbeitereinheit und die Forderung nach einer Föderation von sozialistischen Staaten in dieser Region. Es ist notwendig, eine Brücke zwischen der Intifada und der israelischen Arbeiterklasse zu schlagen. Zur Zeit gibt es in verschiedenen Bereichen in Israel Streiks und kurz vor den Wahlen fand ein Generalstreik im öffentlichen Dienst statt. Es formieren sich auch gerade Ansätze für eine antikapitalistische Bewegung unter Jugendlichen. Wir unterstützen diese Kämpfe und diskutieren unser Programm mit AktivistInnen. Zur Zeit übersetzen wir auch unser Material in die arabische Sprache, um damit leichter Kontakt zu den unterdrückten PalästinenserInnen zu bekommen. ■

Neue Katastrophe in Tschernobyl?

Im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl droht für den so genannten Sarkophag über dem Unglücksreaktor eine neue Nuklearkatastrophe. Die Hülle um den Reaktor könne jeden Tag einstürzen, sagte der Atomwissenschaftler Valentin Kupny dem Focus. Was passiere, wenn das morsche Dach der Reaktorrüine einbreche, hänge von den Windbedingungen ab. Dass dann wieder Radioaktivität in den Westen gelangen könnte, wollte der ehemalige Vize-Direktor der Tschernobyl-Betreiber-Gesellschaft nicht ausschließen. (dpa vom 13.4.01)

Frankreich: Kampf gegen Fabrikschließungen

„Jospin steht unter Handlungsdruck: Wilde Streiks, Betriebsbesetzungen und Blockaden häufen sich überall im Lande und vermitteln den Eindruck, dass der Regierung die Kontrolle entgleitet“ (Handelsblatt vom 12.4.01).

Am 21. April demonstrierten in Calais 20.000 gegen die Schließung einer zum Nahrungsmittelkonzern Danone gehörenden Keksfabrik. Neben Danone hat in den letzten Wochen Marks & Spencer den Abbau mehrerer tausend Arbeitsplätze angekündigt. Gegen beide Unternehmen ist aus Protest gegen diese Pläne eine Boykottkampagne angelaufen. Die regionalen Fluglinien AOM und Air Liberte wollen zahlreichen Beschäftigten kündigen. Werkschließungen und Massenentlassungen drohen auch bei dem Autozulieferer Valeo.

Da die Regierung Jospin auch mit einer Serie wilder Bahn- und Busstreiks im öffentlichen Dienst konfrontiert ist, schreiben die Pariser Zeitungen, dass Jospin einen „verdorbenen Frühling“ erlebe. Kein Wunder, dass die Kandidaturen links von den Regierungsparteien SP, KPF und Grüne bei den Kommunalwahlen deutlich zulegen konnten.

Rassismus und Gewalt der US-Polizei

Anfang April wurde der 19-jährige Timothy Thomas in Cincinnati, Ohio, von der Polizei erschossen – als er seine Wohnung um 2 Uhr morgens verließ, um Zigarettens zu holen. Thomas war der fünfzehnte Schwarze, der seit 1995 in Cincinnati von der Polizei umgebracht wurde – und der vierte seit November vergangenen Jahres.

Einen Tag nach dem Tod von Thomas begannen die schwersten Unruhen in der Stadt seit der Ermordung von Martin Luther King 1968 in Memphis, Tennessee.

Im Stadtteil Over-the-Rhine, in dem Thomas lebte, und in dem 83 Prozent Schwarze wohnen, beträgt die Arbeitslosenquote 30 Prozent. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist auf Sozialhilfe angewiesen. Während zwei Drittel in Over-the-Rhine unter der Armutsgrenze leben, bewirbt sich die Stadt für die Olympischen Spiele 2012.

Land der tausend Katastrophen

Lust auf Route 66 oder Sonnenstaat Kalifornien?

Dann nehmt euch in Acht vor Brücken oder Kraftwerken! Denn die USA als so genanntes Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind, was die bauliche Substanz angeht, genauso marode wie die Ideologie vom „Tellerwäscher zum Millionär“.

Fast jede dritte Brücke in den USA bröckelt oder ist vom Einsturz bedroht. Doch statt Gelder in die Instandsetzung zu stecken, werden Schilder aufgestellt, die das erlaubte Höchstgewicht reduzieren. Der „Frühsporn von Schulkindern in Alabama besteht darin, dass sie jeden Morgen aus dem Schulbus steigen müssen und zu Fuß eine Brücke überqueren. Der Bus fährt dann leer über die wackelige Brücke. (Studie von ASCE, Amerikanische Ingenieurs-Gesellschaft)

Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neozis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 1500 Mark netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum wir in Heinsberg eine SAV-Ortsgruppe gründen

Seit drei Jahren bin ich Mitglied der SAV Aachen und stand in meinem Wohnort politisch lange alleine da. Ich wohne in der ungefähr 30 km nördlich von Aachen gelegenen, ländlich geprägten Kreisstadt Heinsberg, wo wir erst seit zwei Monaten eine Gruppe haben. Diese Gegend ist christlich-konservativ geprägt. Schützen- und Taubenzüchtervereine haben mehr Mitglieder als alle Parteien und Gewerkschaften zusammen. Die CDU erreicht konsequent 60 Prozent. Die Arbeiterbewegung hat in Heinsberg keine Tradition. In der Gegend herrschen Kleinbetriebe vor, die meisten Leute sind Pendler oder arbeiten in Betrieben ohne Betriebsrat und Jugendvertretung. Dass hinter diesen wenig ermutigenden Fakten doch ein gewaltiges Potenzial steckt, hätte ich nie gedacht. Trotz allem hat sich der Versuch, die SAV in Heinsberg bekannt zu machen, als überaus erfolgreich erwiesen.

Im Februar haben wir (mit Unterstützung der Aachener GenossInnen) zur ersten Veranstaltung in Heinsberg mobilisiert, auf der wir uns und unser Programm vorgestellt haben. Zuvor hatten wir die Stadt mit Plakaten zugleiert und an mehreren Schulen haben wir Flugblätter verteilt. Fünf eintrittswillige Leute erschienen. (Auf dem nächsten Treffen waren es schon acht!) Vorträge darüber, wie sch... Kapitalismus ist, wurden von den Anwesenden als kalter Kaffee angesehen. Man wollte lieber konkret darüber diskutieren, wie man aktiv werden kann und wie eine sozialistische Gesellschaft aussehen kann. Inzwischen sind wir sieben Genossen (leider zur Zeit nur Jungs) und treffen uns wöchent-



Die SAV Heinsberg hat sich den Kampf gegen die Nazi-Bedrohung zur Aufgabe gemacht

lich. Vier wollen in Kürze beitreten. Für den 26. Mai ist unsere offizielle Gründung geplant.

In jeder Kleinstadt gärt es unter der Oberfläche. Gerade Jugendliche haben die Schnauze voll von diesem System. Das Problem ist nur, dass es in vielen Gegenden keine organisierte Kraft gibt, die diesen Jugendlichen eine Plattform bieten kann. Deshalb kann ich nur jedem SAV-Mitglied – egal wo – raten, selbstbewusst und offensiv unsere Partei bekannt zu machen.

Marcus Hesse, Heinsberg

1. Mai in Rostock

Schröder kommt – DGB und PDS kneifen!

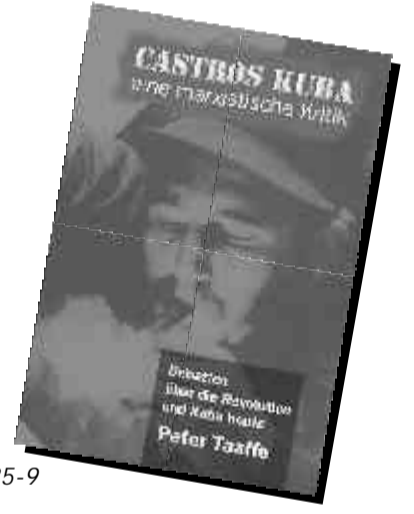
Der DGB organisiert dieses Jahr die zentrale Bundesveranstaltung zum 1. Mai in Rostock. Soweit so gut. Doch wer gedacht hatte, dass dies genutzt würde, um in einer ostdeutschen Stadt gegen die Massenarbeitslosigkeit und deren Verursacher zu demonstrieren, sieht sich enttäuscht. Stattdessen hat der DGB-Bundesvorstand jenen Bundeskanzler eingeladen, der Arbeitslose als Faulenzer bezeichnet, die Rente absenkt und die Bundeswehr in den Balkan-Krieg ge-

schickt hat! Es gibt also tausend Gründe, um Schröder und Co. an diesem Tag auf die Pelle zu rücken. Doch genau darauf verzichtet sowohl die DGB-Spitze als auch die PDS-Führung, die hier selbst Sozialabbau betreibt und mit der SPD im Bund regieren möchte. Darum hat die SAV Rostock zusammen mit anderen linken Organisationen und kritischen GewerkschafterInnen die Initiative für eine laute und kämpferische Demo ergriffen. ■

Neuerscheinungen:



50 Seiten
Preis: 5,-
Solipreis: 8,-



116 Seiten
Preis: 15,-
ISBN:
3-00-007685-9

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Prenzlauer Berg - Nord: Montags, 18.30 Uhr, Club der Volkssolidarität, Stahlheimerstr. 29/ Ecke Wichertstr.
OG Prenzlauer Berg - Süd: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Winsstr. 42 (S-Bahn Prenzlauer Allee)
OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbrhv@aol.com

Dresden

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-Mail: hamburg@sav-online.de

Heinsberg

Infos über Marcus 0172 - 1014123

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Köln

OG Innenstadt I: Dienstags, 19 Uhr, Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79
OG Innenstadt II: Donnerstags, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)
☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreunde laden Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Bad Berleburg, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Kiel, Münster, Solingen, Trier (e-Mail: trier@sav-online.de)
über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
24. April
Die nächste VORAN erscheint am
1. Juni

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Impressum

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

<http://www.sav-online.de>

Sozialismus-Tage 2001

Vom Protest zur Revolution!

Die Sozialismus-Tage 2001 standen im Zeichen der internationalen Proteste gegen den Kapitalismus. Mehr als 350 TeilnehmerInnen aus mindestens 29 Orten und Gästen aus Britannien, Schweden, Belgien, den Niederlanden, Spanien, der Tschechischen Republik, Israel, Österreich und den USA diskutierten Fragen des globalen Widerstandes.

Von Christoph Wälz, Trier

In der Auftaktveranstaltung „Seattle, Prag, Nizza – vom Protest zur Revolution?“ erklärte Peter Taaffe vom Internationalen Sekretariat des CWI die Bedeutung der Bewegung, die seit 1999, als 50.000 AktivistInnen die WTO-Konferenz blockierten, die Treffen von IWF, Weltbank und Co. unsicher macht: „Es ist ein enormer Fortschritt, dass sich weltweit Jugendliche gegen die Logik eines ganzen Wirtschaftssystems auflehnen. Diese Proteste sind ein Vorbote kommender Kämpfe der Arbeiterklasse.“

Mit den Sozialismus-Tagen fiel der Startschuss für die Kampagne „Widerstand international!“. Zusammen mit anderen will die SAV, genauso wie ihre Schwesterparteien in Europa, Jugendlichen ein Angebot machen, gemeinsam gegen den EU-Gipfel in Göteborg und gegen den G7-Gipfel in Genua zu mobilisieren. Tommy Lindqvist aus Schweden

berichtete von den Vorbereitungen der Demonstration in Göteborg. Dort mobilisiert ein breites Bündnis zu den Protesten.

Um die antikapitalistische Bewegung ging es auch bei einer weiteren Diskussion auf dem Kongress: Sascha Stanicic, SAV-Bundessprecher, und Regina Sternal von der Linksruck-Bundeskoordination debattierten die Frage, mit welchen Methoden eine sozialistische Kraft aufgebaut werden kann. Regina Sternal beschrieb begeistert die antikapitalistischen Proteste. Da Deutschland dem Stand der Bewegung noch hinterherhinkt, sei es die Aufgabe von SozialistInnen, diese Bewegung auch hier aufzubauen. Sascha Stanicic betonte die Notwendigkeit, die Bewegung nicht nur aufzubauen, sondern auch ein sozialistisches Programm hineinzutragen. „Die Bewegung weiß heute zwar, wogegen sie ist, aber noch nicht, was für eine Alternative es zum Kapitalismus gibt.“ Nur mit einer Ausrichtung auf die Arbeiterklasse könne die Bewegung zum Erfolg geführt werden. In der Diskussion wurde deutlich, dass Linksruck sich in der antikapitalistischen Bewegung sehr unkritisch verhält und keine Schritte unternimmt, die Bewegung politisch weiterzubringen. Bedauerlicherweise hat sich Regina Sternal auch beharrlich geweigert, auf die gestellten Fragen zu antworten.



Aus neun verschiedenen Ländern nahmen internationale Gäste in Berlin teil. Ariel Gottlieb aus Israel (links) überbrachte die Grußworte von Mavaak Sozialisti, der CWI-Gruppe in Israel und referierte in der Veranstaltung „Pulverfass Naher Osten“

In einem weiteren Arbeitskreis wurde das neue Frauenprogramm der SAV von Lucy Redler, einer der AutorInnen, vorgestellt. Es schildert die heutige Situation von Frauen und Mädchen in der BRD und versucht auch Antworten zu geben auf häufig vernachlässigte Fragen, wie zum Beispiel Pornographie, Schönheitswahn und Prostitution.

Eine spannende Debatte lieferten sich Daniel Behruzi von der Bundesleitung der SAV und ein Vertreter der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB). Daniel Behruzi machte deutlich, dass wir eine neue Arbeiterpartei brauchen, die den Kampf aufnimmt gegen die Ursachen des Naziterrors: Sozialabbau und staatlichen Rassismus. Der AAB-Vertreter war jedoch sehr misstrauisch gegenüber der Arbeiterklasse. Viele Arbeiter hätten mit der NPD ihre Partei gefunden. Deshalb war er auch nicht in der Lage, einen Ausweg aufzuzeigen und meinte im Schlusswort, dass er nicht weiß, wie die Nazis erfolgreich gestoppt werden können.

John Evers von der SLP, der österreichischen Schwesterpartei der SAV, entgegnete ihm, dass sich in Österreich gezeigt habe, dass rechtsextreme Parteien keine Arbeiterparteien sind: „Die FPÖ hat seit ihrer Regierungsbeteiligung bewiesen, dass sie nicht für die ‚kleinen Leute‘ da ist, sondern für das Kapital.“

Peter Taaffe stellte sein neues Buch „Castros Kuba“ vor. Die Errungenschaften der kubanischen Revolution seien in Gefahr. Wenn der Kapitalismus in Kuba siegen sollte, werde das dramatische Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung haben. Peter Taaffe vertrat die These, dass dieser Prozess letztendlich nur gestoppt werden kann, wenn die bürokratische Einparteien-

herrschaft beendet wird, die arbeitende Bevölkerung die geplante Wirtschaft demokratisch organisiert und Kuba international nicht isoliert bleibt.

In anderen Arbeitskreisen wurden grundsätzliche Fragen zum Marxismus, Fragen der Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsbewegung diskutiert. Beindruckend waren die Berichte der Gäste aus aller Welt. So berichtete Roger Bannister, Vorstandsmitglied der britischen Gewerkschaft UNISON, von den Erfolgen, die kämpferische KollegInnen zum Beispiel in Liverpool erringen konnten.

Die positive Resonanz auf die Sozialismus-Tage zeigte sich auch daran, dass sich an diesem Wochenende 11 Leute entschlossen haben, der SAV beizutreten. Weitere 25 wollen mit uns in Kontakt bleiben.

Zum Abschluss betonte Aron Amm, verantwortlicher Redakteur der VORAN, den Erfolg des Wochenendes: „Ich denke, dass wir die Osterfeiertage gut genutzt haben. Für die Sozialismus-Tage 2002 werden wir größere Räumlichkeiten brauchen!“

Spendenkampagne der SAV

Wir haben ein Spendenziel bis zum Sommer von 17.300 Mark

Bislang fest versprochen wurden: 7.430 Mark

Und schon eingezahlt wurden: 410 Mark



Die 20 verschiedenen Diskussionsveranstaltungen wurden von insgesamt mehr als 350 TeilnehmerInnen besucht

Ein Leben für die Sache der Arbeiterklasse

Zum Tod des Genossen Hannes Gerdes

Vor einem Jahr starb unser Genosse Hannes Gerdes. Er wurde 85 Jahre alt und hatte sein ganzes Leben lang für die Sache der Arbeiterklasse gekämpft.

Von Brent Kennedy, Bremerhaven

Sein Einstieg in die Arbeiterbewegung war alles andere als bequem. In der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre ging der Kampf für den Arbeiterjugendlichen Hannes, wie für Millionen seiner Klasse, nicht nur um ideologische Fragen, sondern um die materielle Existenz. Und dann ging es für Hannes um die körperliche Existenz. Die Bosse setzten auf die Nazis, die sich die Zerschlagung aller demokratischen Rechte und Organisationen der ArbeiterInnen zum Ziel gesetzt hatten.

Angeworben von dem bekanntesten Gegner der Nazis in Bremerhaven, Folkert Potrykus, trat Hannes in die KPD ein. Weil die Revolution verraten wurde und auf halber Strecke stecken blieb, drohte alles verloren zu gehen. Der Kampf fand nicht im Reichstag statt, sondern auf der Straße, in den Arbeitervierteln. Und Hannes gab sein Bestes. Manchmal, wenn wir zu Sitzungen oder Infoständen durch Bremerhaven führen, zeigte er uns Stellen, wo er die SA verprügelt hatte, oder von ihnen ver-

prügelt worden war. Jedes Mal, wenn wir über die Geestebrücke führen, erzählte er voller Stolz, wie er und seine GenossInnen mit der nazifreundlichen Polizei der Weimarer Republik dort Katz und Maus gespielt hatten. Damals gehörten die verschiedenen Stadtteile des heutigen Bremerhaven zu verschiedenen Ländern und so zu unterschiedlichen Hoheiten. Wenn sie mal die SA in Bremerhaven nachts angegriffen hatten, und von der Bremer Polizei verfolgt wurden, flüchteten sie über die Geeste ins Land Oldenburg, oder sie flüchteten von Oldenburg nach Bremen.

Im Kampf gegen den Faschismus

Aufgrund des mutigen Widerstandes, den Hannes Gerdes gegen die Nazis geleistet hatte, konnte er sein Leben lang aufrecht gehen. Das gab ihm sicherlich die Kraft, bis zum Ende für seine Prinzipien, für den Sozialismus, zu kämpfen. Vielleicht war das auch der Grund, warum er nicht nur diszipliniert und entschlossen für unsere Sache kämpfte, sondern auch so heiter, menschlich und positiv war.

Aber erst musste er für seine Überzeugung bezahlen. Denn auch nachdem die Kapitalisten die Nazi-Bestien an die Macht geholt hatten, kämpfte Hannes weiter. Er

war eines der ersten Opfer und wurde ins KZ Esterwegen gebracht. Dort blieb er mit seinen GenossInnen weiter organisiert. Hannes war dabei, als das „Lied der Moorsoldaten“ komponiert und gesungen wurde. Das Singen blieb immer seine Leidenschaft. So haben wir auch in der SAV oft unsere Ortsgruppen-Sitzungen musikalisch abgerundet.

Kaum war Hannes aus dem KZ draußen, kämpfte er weiter gegen den Faschismus. Dieses Mal in Spanien, gegen Franco. Er war stolz, Internationalist zu sein! Nach der Niederschlagung der spanischen Revolution hielten die bürgerlichen „Demokraten“ Frankreichs ihn in einem Lager fest, bis sie ihn den Nazis auslieferten. Über den politischen Verlauf des spanischen Bürgerkrieges waren wir unterschiedlicher Meinung. Wir haben auch darüber diskutiert – aber mit Bescheidenheit. Denn der größte Unterschied war dieser: Er hat im Krieg gegen Faschismus mit der Waffe in der Hand gekämpft, wir nicht.

Noch mal KZ. Aber dann kam es noch schlimmer: Er wurde im II. Weltkrieg in eine Strafbataillon an die Front versetzt. Diese wurde von den Offizieren der Wehrmacht als lebende Minensucher ins Minenfeld geschickt. Hannes war einer der wenigen Überlebenden.



Kritik am DDR-Regime

Nach dem Krieg ging Hannes in die DDR mit dem Wunsch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Er wurde Lehrer. Doch bald geriet er in Konflikt mit der Bürokratie. Eigeninitiative und unabhängiges Denken waren unerwünscht. Kommunisten wurden verhaftet. Hannes ging in den Westen, solange es noch möglich war. Wieder im Westen arbeitete er weiter in der KPD, und nach ihrem Verbot später in der DKP.

Als 1990 der Kapitalismus in Osteuropa eingeführt wurde, brach die DKP Bremerhaven zusammen. Hannes wollte weiter kämpfen. 1994 kam Hannes zu unserer SAV-Gründungsveranstaltung. Seitdem war er voll dabei, und wir fühlten uns geehrt.

In unserem erfolgreichen Kampf gegen die Privatisierung der Städtischen Wohnungsgesell-

schaft, so wie für den Erhalt der Arbeitsplätze auf den Werften, gegen die Große Koalition und gegen das Prestigeprojekt Ocean-Park stand der über 80-jährige Hannes auf der Straße und vertrat die SAV. Vor allem gegen die Nazis von heute. Als sich die DVU und die NPD in den Wahlkämpfen auf offener Straße blicken ließen, konfrontierte er sie und erklärte den PassantInnen, mit wem sie es zu tun hatten.

Jede und jeder von uns hat Stärken und Schwächen, es kommt darauf an, unsere Stärken für die Sache einzusetzen. Seine Schwäche in den letzten Jahren war einfach körperlich. Dennoch hat er uns alles gegeben, und stand bei jedem Wetter vor unserem Infostand und sprach seine Klasse an. Was für ein Vorbild für uns alle! Die SAV Bremerhaven versucht, sein Lebenswerk fortzusetzen.

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Tschechien und Slowakei

Mario Bango, ein 18-jähriger Roma in der Slowakei, sitzt seit Anfang März im Gefängnis. Ihm drohen bis zu 15 Jahren Haft. Sein Verbrechen? Er verteidigte seinen Bruder, als dieser von einem stadtbekanntem Neonazi in Bratislava zusammengeschlagen wurde. Der Neonazi verstarb später an den Folgen des Konfliktes.

Die tschechische CWI-Gruppe unterstützt das „Komitee für die Verteidigung von Mario Bango“ und hat sich an dem Aktionstag am 23. April beteiligt.

Protestbriefe bitte an das Regierungsbüro Urad Vlady, Namestie Slobody 1, 813 70 Bratislava, Slovak Republic, Fax: 011 421 7 5249 7595.

Solibriefe an PO Box 178, 850 00 Bratislava 5, Slovakia

Serbien

Bei Nis-Ekspress, einem Bus-Verkehrsunternehmen in Nis, streikten 1.600 Mitglieder des unabhängigen Gewerkschaftsbundes Nezavisnost. Das neue Management hatte die Beschäftigten zu illegalen Arbeits- und Schichtzeiten zwingen wollen. Als Reaktion auf den Streik wurden die 11 Streikführer entlassen. Durch den Druck der KollegInnen wurden zwei von ihnen wieder eingestellt, die anderen kämpfen nach wie vor um ihre Wiedereinstellung.

Das CWI, das in den letzten Monaten in Serbien politische Arbeit begonnen hat, ruft dazu auf, Nezavisnost in diesem Kampf zu unterstützen.

Solischreiben bitte faxen an: Milan Simic (Sekretär der Nezavisnost im öffentlichen Dienst) 00 381 - 11 - 32 35 215

Spenden bitte mit entsprechendem Hinweis an VORAN, wir leiten das Geld direkt an die GewerkschafterInnen.

Österreich

Bei den Kommunalwahlen vom 25. März erlitten die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ eine herbe Wahlschlappe. Gegenüber den Wahlen vor fünf Jahren verlor Haider's FPÖ ein Viertel der Stimmen. Das Ergebnis war eine klare Absage an Sozialabbau und Haider's antisemitische Hetze im Wahlkampf.

Die Sozialistische Linkspartei (SLP), die die Widerstandsbewegung von der ersten Stunde an mit aufgebaut hat, erhielt in Wien bei den Bezirkswahlen im 5. Bezirk 139 Stimmen (0,68 Prozent). Die KPÖ kam im gleichen Bezirk auf 256 Stimmen (1,24 Prozent). Damit wurde im 5. Bezirk das beste Ergebnis für die Linke erreicht; die 1,92 Prozent von SLP und KPÖ lagen im Bereich eines Bezirksmandates.



Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB Tel.: 0044 20 8558 5814 Fax: 0044 20 8988 8793

Kampf gegen Arbeitslosigkeit, nicht gegen Arbeitslose!

Mit dem Ausspruch „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ wies Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den Arbeitslosen die Schuld für weiterhin hohe Arbeitslosenzahlen zu. Schröder lenkte damit von seinem bislang nicht eingelösten Wahlversprechen ab, die Arbeitslosenzahlen bis zum Ende der Legislaturperiode auf unter 3,5 Millionen zu reduzieren.

Von Malte Schophaus, Berlin

Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpft Kanzler Schröder die Arbeitslosen und entfernt sich noch ein Stück weiter von der ohnehin schon vergessenen ArbeiterInnen-Tradition der SPD. Mit der „Faulheit“ von Arbeitslosen begründete Schröder in einem Bild-Zeitungsinterview Anfang April, warum es 600.000 offene Stellen bei einer Arbeitslosenquote von vier Millionen geben kann. Gegen „Drückeberger“ müsse man härter vorgehen. „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen“, so Schröder wörtlich.

Schröders Aussage ist ein Ablenkungsmanöver. Zum einen benötigt der Kanzler eine Ausrede dafür, dass er es bislang nicht geschafft hat, die Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren, wie er es im Bundestagswahlkampf versprochen hatte. Im März 2001 registrierte die Bundesanstalt für Arbeit knapp vier Millionen Arbeitslose, also eine halbe Million mehr, als Schröder sich zum Ziel gesetzt hatte. Zum anderen reagierte Schröder mit seinem „Faulheits“-Vorwurf auf die trüben Konjunkturaussichten. In ihrem Frühjahrsbericht prognostizierten die Wirtschaftsinstitute für das Jahr 2001 nur ein Wachstum von 2,1 Prozent. Diese Prognose bleibt weit hinter Schröders Schätzung zurück, der auf 2,75 Prozent Wachstum hofft. Selbst die Prognose von 2,1 Prozent droht Makulatur zu werden, da Deutschland vom Abschwung der US- und der Weltwirtschaft nicht verschont bleiben wird.

Populismus hilft nicht

Schröder schreibt mit dem Angriff auf die Langzeitarbeitslosen das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit den einzelnen Individuen zu. Dass Schröders Faulheits-Logik nicht aufgeht, lässt sich leicht an der Differenz zwischen den bundesweit 600.000 offenen Stellen und den fast vier Millionen Arbeitslosen zeigen. Insbesondere bei dem geringen Stellenangebot in Ostdeutschland ist der Vorwurf der Faulheit ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen. In Sachsen-Anhalt zum Beispiel stehen nur 14.000 offene Stellen 283.000 Erwerbslosen gegenüber.

Mit seiner Attacke schürt Schröder gleichzeitig eine gesellschaftliche Stimmung gegen „Sozialschmarotzer“. Die Zahlen des Arbeitsamtes Berlin zeigen, dass hier an der falschen Front gekämpft wird: In Berlin wird nur in 0,33 Prozent der Fälle (von 216.000 Beziehern von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe) eine angebotene Arbeit verweigert. Darüber, dass unter kapitalistischen Bedin-

gungen die angebotenen Arbeiten sinnentleert, unterbezahlt und vielleicht wirklich ablehnenswert sind, ist in den Medien nichts zu lesen.

Unternehmen bestimmen, welche Arbeit zumutbar ist

Dass durch radikalen Abbau des Sozialwesens tatsächlich neue Jobs geschaffen werden können, zeigt das Beispiel des US-amerikanischen Kapitalismus. Es ist alles nur eine Frage der Zumutbarkeitskriterien der Arbeit. Wenn Menschen keine Alternative haben, werden sie auch unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen und für Minimal-Löhne arbeiten. Und dass Arbeitgeber sich darüber freuen, wenn nun auch die Sozialdemokraten in diese Kerbe schlagen, verwundet nicht. Für die ArbeiterInnen bedeutet das allerdings, dass bald vollends durch die Unternehmen bestimmt wird, was als „zumutbare Arbeit“ definiert wird. Und in der herrschenden Profitlogik ist wohl jede Arbeit zumutbar, die Kapitalbesitzern Profite einbringt.

Derzeit gilt eine Arbeit auch dann als zumutbar, wenn sie mit erheblichen Einkommenseinbußen im Vergleich zum vorherigen Job einhergeht. Auch tägliche Fahrtzeiten von bis zu 2,5 Stunden (bei einer Arbeitszeit von über 6 Stunden), andernfalls von bis zu zwei Stunden, gilt als zumutbar.

Da die Zumutbarkeitskriterien aber noch zu großzügig bemessen seien, fordern Schröder und die SPD nun weitere negative Anreize für Arbeitslose: nämlich die Kürzung der Leistungen bei Ablehnung einer Arbeit. Die Alternatividee der CDU ist nicht besser. Unionsfraktionschef Friedrich Merz und Co. fordern ein „positives Anreizsystem“: Bislang hätten Arbeitslose nicht genug Anreiz eine Arbeit anzunehmen, weil die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu hoch seien. Arbeitslose seien also nicht faul, sondern rational, wenn sie eine unterbezahlte Stelle ablehnten. Daher sollte die soziale Absicherung soweit runtergefahren werden, dass gegenüber einer Minimalabsicherung sogar der Lohn eines Billigjobs noch einen positiven Anreiz darstellt.

Diesen Weg leben die angelsächsischen Länder vor, mit dem Erfolg, dass etwa Britannien heute zwar eine niedrigere Arbeitslosenquote, aber dafür auch eine erheblich höhere Armutsquote als Deutschland hat.

Eigentlich stellen die Produktivitätssteigerungen einen großen Fortschritt dar. Es gilt allerdings diese Produktivität zum Wohl aller Menschen zu nutzen - und nicht nur zum Vorteil einer kleinen herrschenden Elite. Dazu bedarf es einer demokratischen Bestimmung der Arbeitenden darüber, was, wie und wieviel produziert wird und wie der gesellschaftliche Reichtum verwandt und verteilt wird.

Die Arbeitslosigkeit lässt sich kaum durch die Verfolgung von „Leistungsmissbrauch“ reduzieren, sondern durch die Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle. ■



Bundesweiter
Aktionstag
7. Juni

Für den 7. Juni 2001 hat die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen: „Wir wollen der Hetze gegen Arbeitslose und den drohenden, verschärften Sanktionen offensiv entgegenreten. Mit Information und vielfältigen Aktivitäten vor Ort wollen wir gegen weitverbreitete Vorurteile angehen.“

Arbeit für alle!

- ⇒ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- ⇒ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Bildung und Soziales
- ⇒ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Nein zu Entlassungen und Betriebsschließungen. Wer entlässt, gehört enteignet
- ⇒ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle, Verwaltung und gesellschaftlicher Planung

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de

Ich möchte die

VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse